

Bundesgesetzblatt ²⁴⁵

Teil II

Z 1998 A

1987

Ausgegeben zu Bonn am 7. Mai 1987

Nr. 11

Tag	Inhalt	Seite
27. 3. 87	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches Swasiland über Finanzielle Zusammenarbeit	246
1. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskriegs	248
1. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser	249
6. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	249
6. 4. 87	Bekanntmachung der Vereinbarung über das EUREKA-Sekretariat zwischen den EUREKA-Mitgliedern	250
6. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)	253
6. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	253
7. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	254
8. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	254
9. 4. 87	Bekanntmachung über die Fortgeltung der Verträge, die bisher von den Niederlanden auf die Niederländischen Antillen erstreckt worden waren, für die Niederländischen Antillen und Aruba	255
13. 4. 87	Bekanntmachung des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	256
16. 4. 87	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr und des Zusatzprotokolls hierzu betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr	276

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreiches Swasiland
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 27. März 1987

In Mbabane ist am 18. Dezember 1986 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches Swasiland über Finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 18. Dezember 1986

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 27. März 1987

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Zahn

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Königreiches Swasiland
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung des Königreiches Swasiland

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Swasiland,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Königreich Swasiland beizutragen

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der DEG – Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH (nachstehend „DEG“ genannt),

Köln, eine Beteiligung an der SWAZILAND INDUSTRIAL DEVELOPMENT COMPANY LIMITED (nachstehend „SIDC“ genannt) in Höhe von 1 400 000 Emalangeni zu erwerben und der SIDC ein beteiligungsähnliches Darlehen mit Wandelrecht durch Zeichnung von auf Emalangeni lautende Income Notes in Höhe von bis zu 4 600 000,- E zu gewähren (nachstehend „Kapitalanlage“ genannt). Hierfür stellt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der DEG einen Betrag bis zu DM 6 000 000,- (in Worten: Deutsche Mark sechs Millionen) zur Verfügung.

Artikel 2

Die in Artikel 1 genannte Kapitalanlage der DEG wird nach Maßgabe der mit der SIDC noch zu schließenden Finanzierungsverträge bewirkt.

Artikel 3

(1) Die Regierung des Königreiches Swasiland sichert zu, daß die in Artikel 1 genannte Kapitalanlage der DEG vollen Schutz und volle Sicherheit genießt. Eine Enteignung darf nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung erfolgen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädi-

gung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, die Höhe der Entschädigung und die Zeit, innerhalb der sie zu zahlen ist, müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können. Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheit genießt die DEG Meistbegünstigung.

(2) Die Regierung des Königreiches Swasiland garantiert hinsichtlich der in Artikel 1 genannten Kapitalanlage die freie Einfuhr aller ausländischen Zahlungsmittel im Zusammenhang mit dem Erwerb der Beteiligung und der Income Notes sowie den freien Transfer von anfallenden Erträgen, Veräußerungs- oder Liquidationserlösen sowie Zinsen und Rückzahlung der Income Notes bzw. im Falle einer vollständigen oder teilweisen Ausübung des Wandelrechts den freien Transfer von anfallenden Erträgen und Veräußerungs- oder Liquidationserlösen.

(3) Die Regierung des Königreiches Swasiland verpflichtet sich im eigenen Namen und für die Zentralbank des Königreiches Swasiland, der SIDC bei der Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen gegenüber der DEG keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Artikel 4

Die Regierung des Königreiches Swasiland stellt die DEG von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder der Liquidation der in Artikel 1 genannten Kapitalanlage sowie mit deren Erträgen in dem Königreich Swasiland erhoben werden.

Artikel 5

Erhöht sich die in Artikel 1 genannte Beteiligung durch die Ausgabe von Gratisaktien, so gelten die von der Regierung des

Königreiches Swasiland in den Artikeln 3 und 4 übernommenen Garantien und Zusagen auch für die erhöhte Beteiligung.

Artikel 6

Aufgrund des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches Swasiland über Finanzielle Zusammenarbeit vom 13. September 1983 hat die DEG der National Industrial Development Corporation of Swaziland (nachstehend „NIDCS“ genannt) ein beteiligungsähnliches Darlehen mit Wandelrecht durch Erwerb von Income Notes im Nominalwert von Emalangi 450 000 gewährt.

- a) Hinsichtlich der genannten von NIDCS ausgestellten Income Notes wird die SIDC alle Rechte und Pflichten der NIDCS gemäß einer zwischen NIDCS, SIDC und DEG zu treffenden Vereinbarung übernehmen.
- b) Die Regierung des Königreiches Swasiland sichert zu, daß ihre in den Artikeln 3 und 4 des Regierungsabkommens vom 13. September 1983 übernommenen Garantien und Zusagen auch in Bezug auf die SIDC gelten.

Artikel 7

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches Swasiland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Mbabane am 18. Dezember 1986 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Wilfried Nölle

Für die Regierung des Königreiches Swasiland
Sibusiso Dlamini

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls
wegen Verbots des Gaskriegs**

Vom 1. April 1987

Das Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege (RGBl. 1929 II S. 173) ist für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Afghanistan	am 9. Dezember 1986
Benin	am 9. Dezember 1986
Jemen, Demokratischer mit folgendem Vorbehalt:	am 9. Dezember 1986

(Übersetzung aus dem Arabischen)

„ . . .

Falls das in diesem Protokoll vorgesehene Verbot von irgendeiner Seite in irgendeiner Weise mißachtet wird, ist die Demokratische Volksrepublik Jemen durch die Bestimmungen des Protokolls nicht mehr gebunden.“

Australien hat mit Schreiben vom 27. Oktober 1986 der französischen Regierung notifiziert, daß es seine Vorbehalte (vgl. die Bekanntmachung vom 16. September 1930/RGBl. 1930 II S. 1216) zu dem Protokoll, die es anläßlich der am 24. Mai 1930 angezeigten Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde geltend gemacht hatte, zurücknimmt; die Rücknahme ist am 9. Dezember 1986, dem Tage ihrer Anzeige durch die französische Regierung, wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. September 1930 (RGBl. II S. 1216) und vom 24. Oktober 1985 (BGBl. II S. 1183).

Bonn, den 1. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Vertrags
über das Verbot von Kernwaffenversuchen
in der Atmosphäre,
im Weltraum und unter Wasser**

Vom 1. April 1987

Der Vertrag vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (BGBl. 1964 II S. 906) ist nach seinem Artikel III Abs. 4 für

Argentinien am 14. November 1986
in Kraft getreten.

Argentinien hat seine Ratifikationsurkunden am 14. November 1986 in London, am 17. November 1986 in Moskau und am 21. November 1986 in Washington hinterlegt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. April 1986 (BGBl. II S. 654).

Bonn, den 1. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über das auf Unterhaltsverpflichtungen
gegenüber Kindern anzuwendende Recht**

Vom 6. April 1987

Die von den Niederlanden erklärte Erstreckung des Übereinkommens vom 24. Oktober 1956 über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht (BGBl. 1961 II S. 1012) auf Aruba ist nach Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens am 13. Januar 1987 wirksam geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. September 1977 (BGBl. II S. 1157).

Bonn, den 6. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
der Vereinbarung über das EUREKA-Sekretariat
zwischen den EUREKA-Mitgliedern**

Vom 6. April 1987

In London ist am 30. Juni 1986 die Vereinbarung über das EUREKA-Sekretariat zwischen den EUREKA-Mitgliedern von den Teilnehmern der EUREKA-Ministerkonferenz unterzeichnet worden; für die Republik Irland hat der irische Minister für Industrie und Wirtschaft die Vereinbarung am 9. Dezember 1986 in London unterzeichnet.

Die Vereinbarung ist nach ihrem Absatz 24 für die Bundesrepublik Deutschland

am 9. Dezember 1986

in Kraft getreten.

Sie ist ebenfalls am 9. Dezember 1986 für folgende Staaten und für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in Kraft getreten:

Belgien	Luxemburg
Dänemark	Niederlande
Finnland	Norwegen
Frankreich	Österreich
Griechenland	Portugal
Großbritannien	Schweden
Irland	Schweiz
Island	Spanien
Italien	Türkei

Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. April 1987

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
Im Auftrag
Dr. Rembser

**Vereinbarung
über das EUREKA-Sekretariat
zwischen den EUREKA-Mitgliedern**

1. Diese Vereinbarung zwischen den EUREKA-Mitgliedern enthält Bestimmungen über die Errichtung und die Tätigkeit des EUREKA-Sekretariats.

A. Aufgaben des Sekretariats

- i) Clearingstelle zur Einholung und Verbreitung von Informationen
2. Das Sekretariat
- a) erhält von der Regierung des als Kontaktstelle für EUREKA-Zwecke tätigen Teilnehmers Informationen über noch im Vorschlagsstadium befindliche Projekte oder über für ein Gemeinschaftsprojekt interessante technologische Sachgebiete und verteilt diese Informationen an die Hohen Repräsentanten;
- b) erhält von den Regierungen der Staaten der Teilnehmer an einem vereinbarten Projekt förmliche Mitteilungen über Projekte und verteilt sie an die Hohen Repräsentanten zur Weiterleitung an die Ministerkonferenz über die Gruppe der Hohen Repräsentanten;
- c) erhält von einer Regierung, die sich um die Erörterung eines Projekts in der Gruppe der Hohen Repräsentanten bemüht, Einzelangaben über die zu behandelnden Themen und leitet sie vor der entsprechenden Sitzung an die Hohen Repräsentanten weiter;
- d) führt eine Datenbank mit den Informationen, die es nach den Buchstaben a bis c erhalten hat.
3. Nach seiner Errichtung untersucht das Sekretariat vordringlich das Angebot an vorhandenen und potentiellen Informationstechnologiesystemen, die zum Aufbau einer computergestützten Datenbank innerhalb des Sekretariats sowie eines elektronischen Informationsübermittlungsnetzes als Verbindung zwischen dem Sekretariat und den Hohen Repräsentanten verwendet werden könnten. Das Sekretariat berichtet innerhalb von 3 Monaten nach seiner Errichtung der Gruppe der Hohen Repräsentanten über die Möglichkeiten für den Einsatz eines derartigen Systems einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse.
- ii) Unterstützung für Unternehmen und Institute
4. Das Sekretariat unterstützt Unternehmen und Institute bei der Herstellung von Kontakten zu potentiellen Partnern für EUREKA-Projekte durch die Versorgung mit Informationen aus der nach den Absätzen 2 bis 3 geschaffenen Datenbank

und, soweit es seine Mittel erlauben, mit anderen einschlägigen Sachinformationen einschließlich Angaben über Stellen, die im Zusammenhang mit der Projektentwicklung fachlich beraten können.

iii) Unterstützung für EUREKA-Sitzungen

5. Das Sekretariat

- a) verschickt Informationen über auf Sitzungen der Gruppe der Hohen Repräsentanten oder der Ministerkonferenz zu behandelnde Projekte und Projektvorschläge;
- b) unterstützt unter Anleitung des Vorsitzenden der Gruppe der Hohen Repräsentanten die administrative Vorbereitung derartiger Sitzungen;
- c) unterrichtet den Vorsitzenden der Gruppe der Hohen Repräsentanten;
- d) übermittelt den Hohen Repräsentanten Berichte über im EUREKA-Rahmen stattfindende Zusammenkünfte wie z. B. Industrieforen.

B. Größe des Sekretariats

6. Das Sekretariat besteht zunächst aus 7 Fachkräften und bis zu 6 Büro- und Hilfskräften. Die Gruppe der Hohen Repräsentanten bestimmt eine der Fachkräfte zum „Leiter des EUREKA-Sekretariats“.
7. Sollte die Gruppe der Hohen Repräsentanten dies später beschließen, so kann das Sekretariat im Lichte der gewonnenen Erfahrungen vergrößert werden.

C. Zusammensetzung des Sekretariats und verwandte Bestimmungen

i) Staatsangehörigkeit des Personals

8. Die 6 Fachkräfte unter dem Leiter des Sekretariats umfassen 3 Staatsangehörige verschiedener EWG-Staaten, 2 Staatsangehörige verschiedener nicht der EWG angehörender EUREKA-Mitglieder und einen Mitarbeiter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.
9. Das Büro- und Hilfspersonal besteht aus Staatsangehörigen beliebiger EUREKA-Staaten.

ii) Turnusmäßiger Personalwechsel

10. Die Dienstzeit der Fachkräfte beträgt mindestens 2 Jahre und höchstens 3 Jahre und wird jeweils so gestaltet, daß die Kontinuität der Arbeit des Sekretariats gewährleistet ist. Die Mindest- und Höchstzeit kann im Einzelfall durch Beschluß der Gruppe der Hohen Repräsentanten abgeändert werden.
11. Die ersten und späteren Ernennungen von Fachkräften werden von der Gruppe der Hohen Repräsentanten genehmigt. Unbeschadet der in Absatz 24 vorgesehenen Fünfjahresüberprüfung werden die Stellen der Fachkräfte von den EUREKA-Staaten in turnusmäßigem Wechsel so besetzt, daß in höchstens neun Jahren alle Staaten Gelegenheit haben, eine Stelle zu besetzen.

iii) Nominierung des Personals

12. Alle nach den Absätzen 8 bis 11 zu ernennenden Fachkräfte werden von den Regierungen der jeweils betroffenen EUREKA-Staaten bzw. von der EG-Kommission nominiert, und zwar nach Konsultation mit dem Leiter des Sekretariats, um zu gewährleisten, daß dem Sekretariat mit den nominierten Personen eine angemessene Palette von Fähigkeiten im Sinne des Absatzes 17 zur Verfügung steht.
13. Die Einstufung der Stellen innerhalb des Sekretariats sowie die Staatsangehörigkeit des anfangs und später zu ernennenden Personals werden von der Gruppe der Hohen Repräsentanten genehmigt. Die Tätigkeitsmerkmale der Stellen im Sekretariat werden von der Gruppe der Hohen Repräsentan-

ten auf der Grundlage eines Vorschlags des Leiters des Sekretariats genehmigt.

iv) Beschäftigungsbedingungen

14. Die Fachkräfte des Sekretariats sind auf der Grundlage einer zeitweiligen Abordnung tätig; vorbehaltlich des in Absatz 16 genannten Grundsatzes der Rechenschaftspflicht genießen sie weiterhin alle Rechte und unterliegen weiterhin allen Pflichten als Bedienstete ihrer jeweiligen Mutterorganisationen. Bei der Festlegung der Abordnungsbedingungen bemühen sich die EUREKA-Mitglieder sicherzustellen, daß die Beschäftigungsbedingungen denjenigen der „koordinierten Organisationen“ entsprechen, und insbesondere darauf, daß die Gehälter mitsamt den Zulagen nach Abzug von Steuern, Sozialversicherungsabgaben und anderen Abzügen den Nettogehältern der entsprechenden Stellen in diesen Organisationen vergleichbar sind.
15. Die Büro- und Hilfskräfte sind Bedienstete des Sekretariats, die vorbehaltlich der Billigung durch die Gruppe der Hohen Repräsentanten zu vom Leiter des Sekretariats festgelegten Bedingungen eingestellt werden. Wie in Absatz 19 Buchstabe c bestimmt, werden alle Kosten des Büro- und Hilfspersonals von den Regierungen der EUREKA-Staaten und der EG-Kommission entsprechend dem dieser Vereinbarung als Anlage beigefügten Beitragsschlüssel getragen. Es besteht kein Weiterbeschäftigungsanspruch, wenn das Sekretariat nach Absatz 24 seine Tätigkeit einstellt.
16. Während der Dauer seiner Beschäftigung beachtet das Personal des Sekretariats den in Absatz 21 niedergelegten Grundsatz der Rechenschaftspflicht und angemessene Grundsätze der Verschwiegenheit. Insbesondere handelt das Personal im Interesse der EUREKA-Mitglieder insgesamt und unabhängig von dem einzelnen Mitglied, das den Betreffenden nominiert hat. Dies wird in die Beschäftigungsbedingungen aufgenommen.

v) Fachliche Befähigung

17. Das Fachpersonal umfaßt Personen, die durch ihre Tätigkeit in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst über Erfahrungen bei der internationalen Zusammenarbeit in der Hochtechnologie, darunter Industrieprojekte, Informationstechnologie sowie die besonderen Gegebenheiten von Klein- und Mittelbetrieben, verfügen.

D. Andere Fragen

i) Rechtspersönlichkeit

18. Das Sekretariat besitzt eine unabhängige Rechtspersönlichkeit als eine „association sans but lucratif internationale“ (ASBLI) nach belgischem Recht. Das Sekretariat hat die Befugnis, vertragliche Vereinbarungen mit Lieferanten der benötigten Waren und Dienstleistungen zu schließen. Es ist rechtlich verantwortlich für die Handlungen und Unterlassungen seines in dienstlicher Eigenschaft tätigen Personals.

ii) Finanzierung

19. Die Kosten des Sekretariats werden wie folgt getragen:
 - a) Alle Kosten des Fachpersonals – darunter Gehälter, Ruhegehälter, Auslands- und Lohnausgleichszulagen, Unterkunft, Reisekosten für Heimaturlaub – werden von dem EUREKA-Mitglied getragen, das den Betreffenden (nach Absatz 12) nominiert hat;
 - b) die Bürokosten – einschließlich Miete, öffentliche Versorgungsdienste, Büroerstaussstattung – werden von dem Staat getragen, in dem das Sekretariat seinen Sitz hat;
 - c) alle anderen Kosten – einschließlich Kosten für das Büro- und Hilfspersonal, Reisekosten aller Kräfte in Sekretariatsgeschäften, Telefon- und Fernschreibgebühren, nach der Erstaussstattung anfallende Büroausstattungskosten, Einrichtung und Betrieb einer computergestütz-

ten Datenbank (sofern diese angeschafft wird) – werden von den EUREKA-Regierungen und der EG-Kommission nach dem dieser Vereinbarung als Anlage beigefügten Beitragsschlüssel getragen.

20. Das Sekretariat stellt in Konsultation mit dem Staat, der den EUREKA-Vorsitz innehat, in jedem Kalenderjahr einen Haushaltsentwurf für die in Absatz 19 aufgeführten Kosten auf, der vom Leiter des EUREKA-Sekretariats der Gruppe der Hohen Repräsentanten zur Genehmigung vorgelegt wird. Die Jahresabrechnung des Sekretariats wird nach belgischem Recht geprüft.

iii) **Rechenschaftspflicht**

21. In Übereinstimmung mit Abschnitt 2.3 der Grundsatzklärung von Hannover wird das Sekretariat „unter der Verantwortung der EUREKA-Ministerkonferenz“ eingerichtet. In der Zeit zwischen den Sitzungen der Ministerkonferenz ist es der Gruppe der Hohen Repräsentanten und in der Zeit zwischen den Sitzungen der Gruppe dem Vorsitzenden der Gruppe gegenüber rechenschaftspflichtig.

iv) **Sprachen**

22. Das Sekretariat erhält und speichert Informationen in jeder der 5 bei EUREKA-Sitzungen verwendeten Sprachen. Es

verteilt die Informationen in der Sprache, in der es sie erhält. Das Sekretariat kann auf Verlangen und auf Kosten des jeweiligen EUREKA-Mitglieds Informationen auch in anderen auf EUREKA-Sitzungen verwendeten Sprachen verteilen.

E. Sitz des Sekretariats

23. Das Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel.

F. Inkrafttreten und Änderung der Vereinbarung

24. Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung in Kraft. Die Ministerkonferenz, beraten von der Gruppe der Hohen Repräsentanten, wird die Wirkungsweise der Vereinbarung nach zweieinhalb Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Finanzierungsregelungen und der Beschäftigungsbedingungen für das Personal überprüfen und vor Ablauf des fünften Jahres über ihre Fortgeltung entscheiden.
25. Die Bedingungen dieser Vereinbarung können geändert werden, wenn die Unterzeichner dies später durch Konsens beschließen.
26. Wünscht ein Mitglied aus EUREKA auszuscheiden, so hat es seine Teilnahme an dieser Vereinbarung mit einer Frist von mindestens drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen.

Anhang zur Vereinbarung

EUREKA-Sekretariat

Aufschlüsselung der Verwaltungskosten

Die in Absatz 19 Buchstabe c der Vereinbarung bezeichneten Kosten werden nach folgendem Schlüssel (und mit der Maßgabe, daß dies keinen Präzedenzfall für die Aufteilung der Kosten in anderen internationalen Organisationen darstellt) auf die EUREKA-Teilnehmer aufgeteilt:

	<u>Beitrag in v. H.</u>
Island	0,12
Luxemburg	0,12
Irland	0,76
Finnland	1,19
Norwegen	1,41
Portugal	1,58
Griechenland	1,82
Dänemark	1,98
Türkei	2,19
Österreich	2,22
Schweiz	2,62
Belgien	2,71
Schweden	3,07
Niederlande	3,42
Spanien	6,29
Frankreich	13,70
Bundesrepublik Deutschland	13,70
Italien	13,70
Großbritannien	13,70
Europäische Kommission	<u>13,70</u>
	<u>100,00</u>

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)**

Vom 6. April 1987

Das Protokoll vom 1. Dezember 1981 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) – BGBl. 1984 II S. 596 – ist nach seinem Artikel 21 Abs. 1 für

Polen am 28. Februar 1987

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Januar 1987 (BGBl. II S. 108).

Bonn, den 6. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme**

Vom 6. April 1987

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. 1980 II S. 1361) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Dominica am 9. Oktober 1986
nach Maßgabe folgender Erklärung:

(Übersetzung)

"The Government of the Commonwealth of Dominica declares that its accession to the Convention is made on the understanding that the aforesaid Convention prohibits the taking of hostages in any circumstances, even those referred to in Article 12."

„Die Regierung des Dominikanischen Bundes erklärt, daß sie bei ihrem Beitritt zu dem Übereinkommen davon ausgeht, daß das Übereinkommen die Geiselnahme unter allen Umständen verbietet, auch den in Artikel 12 genannten.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Februar 1987 (BGBl. II S. 200).

Bonn, den 6. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden

Vom 7. April 1987

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320) ist nach seinem Artikel 40 Abs. 3 für

Griechenland am 16. März 1987
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Dezember 1985 (BGBl. 1986 II S. 15).

Bonn, den 7. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1978
zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

Vom 8. April 1987

Das Protokoll von 1978 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1980 II S. 525) wird nach seinem Artikel V Abs. 2 für

Antigua und Barbuda am 9. Mai 1987
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1987 (BGBl. II S. 88).

Bonn, den 8. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
über die Fortgeltung der Verträge, die bisher von den Niederlanden
auf die Niederländischen Antillen erstreckt worden waren,
für die Niederländischen Antillen und Aruba**

Vom 9. April 1987

Die Niederlande haben in einer dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in dessen Eigenschaft als Verwahrer von Übereinkommen am 30. Dezember 1985 zugegangenen Note vom 24. Dezember 1985 die nachstehend auszugsweise wiedergegebene Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“...
The island of Aruba, which is at present still part of the Netherlands Antilles, will obtain internal autonomy as a country within the Kingdom of the Netherlands as of 1 January 1986. Consequently the Kingdom will from then on no longer consist of two countries, namely the Netherlands (the Kingdom in Europe) and the Netherlands Antilles (situated in the Caribbean region) but will consist of three countries, namely the said two countries and the country Aruba.

As the change being made on 1 January 1986 concern a shift only in the internal constitutional relations within the Kingdom of the Netherlands, and as the Kingdom as such will remain subject under international law with which treaties are concluded, the said changes will have no consequences in international law regarding to treaties concluded by the Kingdom which already apply to the Netherlands Antilles, including Aruba. These treaties will remain in force for Aruba in its new capacity of country within the Kingdom. Therefore these treaties will as of 1 January 1986, as concerns the Kingdom of the Netherlands, apply to the Netherlands Antilles (without Aruba) and Aruba.

...”

“...
Die Insel Aruba, die gegenwärtig noch Teil der Niederländischen Antillen ist, wird vom 1. Januar 1986 an die innere Atonomie als ein Land innerhalb des Königreichs der Niederlande erhalten. Das Königreich besteht dann also nicht mehr aus zwei Ländern, nämlich den Niederlanden (dem Königreich in Europa) und den Niederländischen Antillen (in der karibischen Region gelegen), sondern aus drei Ländern, nämlich den beiden genannten Ländern sowie dem Land Aruba.

Da die am 1. Januar 1986 eintretenden Änderungen nur die internen verfassungsrechtlichen Beziehungen innerhalb des Königreichs der Niederlande betreffen und das Königreich als solches auch weiterhin das Völkerrechtssubjekt ist, mit dem Verträge geschlossen werden, werden die Änderungen keine völkerrechtlichen Folgen für die vom Königreich geschlossenen Verträge haben, die bereits auf die Niederländischen Antillen einschließlich Aruba Anwendung finden. Diese Verträge bleiben für Aruba in seiner neuen Eigenschaft als Land innerhalb des Königreichs in Kraft. Die Verträge gelten somit vom 1. Januar 1986 an, was das Königreich der Niederlande angeht, für die Niederländischen Antillen (ohne Aruba) und Aruba.

...“

Entsprechende Erklärungen haben die Niederlande allen weiteren in Betracht kommenden Verwahrern von mehrseitigen Übereinkünften notifiziert, denen die Niederlande als Vertragspartei angehören.

Nach Maßgabe einer Notifikation der Niederlande vom 19. Dezember 1985 gilt das mit vorstehender Erklärung Gesagte auch für die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden geschlossenen oder angewendeten Verträge, soweit diese am 1. Januar 1986 in Kraft waren und an diesem Tage bereits Geltung für die Niederländischen Antillen hatten.

Bonn, den 9. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Bekanntmachung
des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)**

Vom 13. April 1987

Das von der Bundesrepublik Deutschland in Genf am 24. Mai 1983 unterzeichnete Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland am 19. Juni 1986
in Kraft getreten.

Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik Deutschland ist am 25. März 1986 bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner zum selben Zeitpunkt in Kraft getreten für

Belgien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Irland
Italien
Niederlande

(für das Königreich in Europa)

nach Maßgabe der bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde
am 23. März 1984 abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

"The rate of contribution of 3 % of the Kingdom of the Netherlands is bound to the overall envelope for the initial system, i.e. to the 400 MAU as laid down in Annex II to the Convention; this rate is not subject to a proportional increase in case at the time of entry into force of the Convention the 400 MAU are not fully covered."

„Der Beitragssatz des Königreichs der Niederlande in Höhe von 3 v. H. ist an den Gesamtfinanzrahmen für die Verwirklichung des Ausgangssystems gebunden, d. h. an die in Anlage II des Übereinkommens festgelegten 400 MRE; dieser Satz unterliegt keiner anteilmäßigen Erhöhung, falls die 400 MRE im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens nicht völlig gedeckt sind.“

Norwegen
Schweden
Türkei
Vereinigtes Königreich

nach Maßgabe der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Mai 1985 notifizierten Erstreckung auf die seiner territorialen Souveränität unterstehenden Hoheitsgebiete, die im räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens liegen.

Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 13. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterhelt

**Übereinkommen
zur Gründung einer europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten
(„EUMETSAT“)**

**Convention
for the establishment of a european organisation
for the exploitation of meteorological satellites
("EUMETSAT")**

**Convention
portant création d'une organisation européenne
pour l'exploitation de satellites météorologiques
(«EUMETSAT»)**

(Übersetzung)

The States parties to this Convention,

Les Etats parties à la présente Convention,

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

considering that:

considérant que:

in der Erwägung,

the safety of populations and the efficient execution of numerous human activities are conditioned by meteorological data and that it calls for more accurate and prompter forecasts;

la sécurité des populations et l'exercice efficace de nombreuses activités humaines sont conditionnés par les informations météorologiques et qu'elles réclament des prévisions plus précises et plus rapidement disponibles;

daß die Sicherheit der Bevölkerung und die wirksame Ausübung zahlreicher menschlicher Tätigkeiten von meteorologischen Informationen abhängen und genauere und schneller verfügbare Vorhersagen erfordern;

the possibility of improving the forecasts to a large extent depends on the availability of meteorological observations, local as well as global, including those relating to remote and desert regions;

la possibilité d'améliorer les prévisions est largement fonction de la disposition d'observations météorologiques aussi bien locales qu'à l'échelle de la planète, y compris dans les régions reculées ou désertiques;

daß die Möglichkeit, die Vorhersagen zu verbessern, weitgehend von der Verfügbarkeit sowohl lokaler als auch weltweiter Wetterbeobachtungen abhängt, auch solcher, die abgelegene Gebiete und Wüstenregionen betreffen;

meteorological satellites have proved their aptitude and unique potential as a complement to the ground observation systems, particularly in respect of permanent weather monitoring and the carrying out and speedy collection of observations over the most inaccessible areas of the earth's surface;

les satellites météorologiques ont prouvé leur aptitude et leur potentiel unique pour compléter les systèmes d'observation au sol, particulièrement en ce qui concerne la surveillance permanente du temps ainsi que l'exécution et la collecte rapide d'observations sur les zones les plus inaccessibles de la surface terrestre;

daß die meteorologischen Satelliten den Beweis für ihre Eignung und ihre einzigartigen Möglichkeiten als Ergänzung der Bodenbeobachtungssysteme erbracht haben, insbesondere bei der ständigen Wetterüberwachung sowie bei der Durchführung und schnellen Sammlung von Beobachtungen über den unzugänglichsten Gebieten der Erdoberfläche;

noting that:

notant que:

im Hinblick darauf,

the World Meteorological Organisation has recommended its members to improve meteorological data bases and strongly supported plans to develop and exploit a global satellite observation system in order to contribute to the "World Weather Watch";

l'Organisation Météorologique Mondiale a recommandé à ses membres d'améliorer les bases de données météorologiques et fermement appuyé les plans visant à réaliser et exploiter un système global d'observation par satellites pour alimenter la «Veille Météorologique Mondiale»;

daß die Weltorganisation für Meteorologie ihren Mitgliedern empfohlen hat, die meteorologische Datenbasis zu verbessern, und als Beitrag zur „Welt-Wetter-Wacht“ die Pläne zur Entwicklung und Nutzung eines weltumspannenden Satelliten-Beobachtungssystems entschieden unterstützt hat;

the METEOSAT experimental programme, conducted by the European Space Agency, has demonstrated Europe's capacity to assume its share of responsibility in the operation of a global satellite observation system;

le programme expérimental METEOSAT, conduit par l'Agence spatiale européenne, a démontré la capacité de l'Europe d'assumer sa part de responsabilité dans la mise en œuvre d'un système global d'observation par satellites;

daß das von der Europäischen Weltraumorganisation durchgeführte METEOSAT-Versuchsprogramm die Fähigkeit Europas bewiesen hat, seinen Teil an der Verantwortung für den Betrieb eines weltumspannenden Satelliten-Beobachtungssystems zu übernehmen;

recognising that:

no national or international organisation has planned any arrangement to provide Europe with all meteorological satellite data necessary to cover its zones of interest;

the magnitude of the human, technical and financial resources required for activities in the space field is such that these resources lie beyond the means of any single European country;

it is desirable to provide the European meteorological organisations with a framework for cooperation enabling them to embark on joint activities making use of space technologies applicable to meteorological research and weather forecasting;

have agreed as follows:

Article 1

Establishment of EUMETSAT

1. A European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites, hereinafter referred to as "EUMETSAT", is hereby established.

2. The members of EUMETSAT, hereinafter referred to as "Member States", shall be those States that are Parties to this Convention in pursuance of the provisions of Article 15.2 or 15.3.

3. EUMETSAT shall have legal personality. It shall in particular have the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to be party to legal proceedings.

4. The organs of EUMETSAT shall be the Council and the Director.

5. The Headquarters of EUMETSAT shall provisionally be located in the European Space Agency's premises in Paris. The final decision on the location of the Headquarters shall be taken by the Council, in accordance with the provisions of Article 5.2(b)(viii) below.

6. The official languages of EUMETSAT shall be English and French.

Article 2

Objectives

1. The primary objective of EUMETSAT is to establish, maintain and exploit European systems of operational meteorological satellites, taking into account as far as possible the recommendations of the World Meteorological Organisation.

2. The definition of the initial system is contained in Annex I.

reconnaissant que:

aucune organisation nationale ou internationale n'a prévu de disposition pour offrir à l'Europe l'ensemble des observations par satellite météorologique nécessaire à la couverture de ses zones d'intérêt;

l'importance des ressources humaines, techniques et financières nécessaires aux activités relevant du domaine spatial est telle que ces ressources dépassent les possibilités individuelles de chacun des pays européens;

il est souhaitable de fournir aux organismes météorologiques européens un cadre de coopération leur permettant d'engager des actions en commun utilisant les technologies spatiales applicables à la recherche et à la prévision météorologiques;

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Création d'EUMETSAT

1. Il est institué par la présente Convention une organisation européenne pour l'exploitation de satellites météorologiques, ci-après dénommée «EUMETSAT».

2. Les membres d'EUMETSAT, ci-après dénommés «les Etats membres», sont les Etats qui sont parties à la présente Convention en application des dispositions de l'article 15, paragraphes 2 ou 3.

3. EUMETSAT a la personnalité juridique. Elle a notamment la capacité de contracter, d'acquérir et de disposer de biens mobiliers et immobiliers ainsi que d'ester en justice.

4. Les organes d'EUMETSAT sont le Conseil et le Directeur.

5. Le siège d'EUMETSAT est fixé provisoirement dans les locaux de l'Agence spatiale européenne à Paris. La décision définitive sur l'emplacement du siège sera prise par le Conseil conformément aux dispositions de l'article 5.2 (b) (viii) ci-après.

6. Les langues officielles d'EUMETSAT sont l'anglais et le français.

Article 2

Objectifs

1. EUMETSAT a pour objectif principal la mise en place, le maintien et l'exploitation de systèmes européens de satellites météorologiques opérationnels en tenant compte dans la mesure du possible des recommandations de l'Organisation Météorologique Mondiale.

2. La définition du système initial fait l'objet de l'Annexe I.

in der Erkenntnis,

daß keine nationale oder internationale Organisation eine Regelung vorgesehen hat, durch die Europa alle durch meteorologische Satelliten gewonnenen Beobachtungen erhält, die zur Abdeckung der für Europa wichtigen Gebiete erforderlich sind;

daß der personelle, technische und finanzielle Bedarf für die Durchführung von Tätigkeiten im Weltraum so groß ist, daß er mit den Möglichkeiten eines einzelnen europäischen Landes nicht zu decken ist;

daß es wünschenswert ist, den europäischen meteorologischen Organisationen einen Rahmen der Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, der sie befähigt, gemeinsame Unternehmungen unter Verwendung der auf die meteorologische Forschung und die Wettervorhersage anwendbaren Weltraumtechnologien in Angriff zu nehmen -

sind sie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gründung der EUMETSAT

(1) Hiermit wird eine europäische Organisation zur Nutzung von meteorologischen Satelliten, im folgenden als „EUMETSAT“ bezeichnet, gegründet.

(2) Die Mitglieder der EUMETSAT, im folgenden als „Mitgliedstaaten“ bezeichnet, sind diejenigen Staaten, die nach Artikel 15 Absatz 2 oder 3 Vertragsparteien sind.

(3) Die EUMETSAT besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt namentlich die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie Prozeßpartei zu sein.

(4) Die Organe der EUMETSAT sind der Rat und der Direktor.

(5) Sitz der EUMETSAT sind vorläufig die Räumlichkeiten der Europäischen Weltraumorganisation in Paris. Der endgültige Beschluß über den Ort des Sitzes wird vom Rat nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer viii gefaßt.

(6) Die Amtssprachen der EUMETSAT sind Englisch und Französisch.

Artikel 2

Ziele

(1) Hauptziel der EUMETSAT ist die Errichtung, Unterhaltung und Nutzung europäischer operationeller meteorologischer Satellitensysteme unter möglichst weitgehender Berücksichtigung der Empfehlungen der Weltorganisation für Meteorologie.

(2) Die Beschreibung des Ausgangssystems ist Gegenstand der Anlage I.

3. In the execution of its objectives, EUMETSAT shall:

- (a) take maximum advantage of the technologies developed in Europe in particular in the field of meteorological satellites by providing for operational continuation of the programmes that have proved technically successful and cost-effective;
- (b) rely as appropriate on the capabilities of the existing international organisations carrying out activities in a similar field;
- (c) contribute to the development of space meteorology techniques and meteorological observing systems using satellites that may lead to improved services at optimum cost.

Article 3 Cooperation

For the purpose of achieving its objectives EUMETSAT shall, as far as possible, and in conformity with meteorological tradition, cooperate with the Governments and national organisations of the Member States, as well as with non-member States and governmental and non-governmental international scientific and technical organisations whose activities are related to its objectives. EUMETSAT may conclude agreements to that end.

Article 4 The Council

1. The Council shall be composed of not more than two representatives of each Member State, one of whom should be a delegate of his country's meteorological service. The representatives may be assisted by advisers during meetings of the Council.

2. The Council shall elect from among its members a Chairman and a Vice-Chairman who shall hold office for two years and may be re-elected not more than once. The Chairman shall conduct the discussions of the Council and shall not have the capacity of a representative of a Member State.

3. The Council shall meet in ordinary session at least once a year. It may meet in extraordinary session at the request of either the Chairman or one-third of the Member States. The Council shall meet at the EUMETSAT Headquarters unless it decides otherwise.

4. The Council may establish subsidiary bodies and working groups as it deems

3. Pour la réalisation de ses objectifs, EUMETSAT:

- (a) tire profit autant que possible des technologies développées particulièrement en Europe dans le domaine des satellites météorologiques en assurant la continuation opérationnelle des programmes qui ont démontré leur réussite technique et leur rentabilité;
- (b) s'appuie de manière appropriée sur les capacités d'Organisations internationales existantes exerçant des activités dans un domaine similaire;
- (c) contribue au développement des techniques de la météorologie spatiale et de systèmes d'observation météorologique utilisant des satellites, qui puissent conduire à de meilleurs services et à des coûts optimaux.

Article 3 Coopération

Pour la réalisation de ses objectifs, EUMETSAT coopère dans la plus large mesure possible, conformément à la tradition météorologique, avec les gouvernements et les organismes nationaux des Etats membres ainsi qu'avec les Etats non membres ou les organisations internationales scientifiques ou techniques gouvernementales et non gouvernementales dont les activités ont un lien avec ses objectifs. EUMETSAT peut conclure des accords à cet effet.

Article 4 Le Conseil

1. Le Conseil est composé de deux représentants au plus de chaque Etat membre dont l'un devrait être un délégué de son service météorologique national. Les représentants peuvent être assistés de conseillers lors des réunions du Conseil.

2. Le Conseil élit parmi ses membres un Président et un Vice-Président dont les mandats sont de deux ans et qui ne peuvent être réélus qu'une seule fois. Le Président dirige les travaux du Conseil et ne siège pas alors en tant que représentant d'un Etat membre.

3. Le Conseil se réunit en session ordinaire au moins une fois par an. Il peut se réunir en session extraordinaire à la demande soit du Président soit d'un tiers des Etats membres. Les réunions du Conseil se tiennent au siège d'EUMETSAT à moins que le Conseil n'en décide autrement.

4. Le Conseil peut créer les organes subsidiaires et les groupes de travail qu'il

(3) Zur Verwirklichung ihrer Ziele

- a) macht sich die EUMETSAT soweit wie möglich in Europa entwickelte Technologien insbesondere im Bereich der meteorologischen Satelliten nutzbar und sorgt dabei für die operationelle Fortsetzung der Programme, deren technischer Erfolg und Wirtschaftlichkeit erwiesen sind;
- b) stützt sich die EUMETSAT in geeigneter Weise auf die Fähigkeiten bestehender internationaler Organisationen, die in einem ähnlichen Bereich tätig sind;
- c) leistet die EUMETSAT einen Beitrag zur Entwicklung von Techniken der Weltraummeteorologie und von meteorologischen Beobachtungssystemen unter Einsatz von Satelliten, die zu verbesserten Dienstleistungen bei möglichst günstigen Kosten führen können.

Artikel 3 Zusammenarbeit

Zur Verwirklichung ihrer Ziele arbeitet die EUMETSAT im weitestmöglichen Umfang entsprechend der meteorologischen Tradition mit den Regierungen und nationalen Organisationen der Mitgliedstaaten sowie mit Nichtmitgliedstaaten und staatlichen und nichtstaatlichen internationalen wissenschaftlichen oder technischen Organisationen zusammen, deren Tätigkeiten mit ihren Zielen zusammenhängen. Die EUMETSAT kann zu diesem Zweck Übereinkünfte schließen.

Artikel 4 Der Rat

(1) Der Rat setzt sich aus höchstens zwei Vertretern jedes Mitgliedstaats zusammen, von denen einer ein Vertreter des Wetterdienstes seines Landes sein soll. Die Vertreter können sich bei den Sitzungen des Rates durch Berater unterstützen lassen.

(2) Der Rat wählt aus der Mitte seiner Mitglieder einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden, deren Amtszeit zwei Jahre beträgt und die höchstens einmal wiedergewählt werden können. Der Vorsitzende leitet die Arbeiten des Rates und gilt nicht als Vertreter eines Mitgliedstaats.

(3) Der Rat tritt mindestens einmal im Jahr zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Drittels der Mitgliedstaaten kann er zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten. Die Tagungen des Rates finden am Sitz der EUMETSAT statt, sofern der Rat nichts anderes beschließt.

(4) Der Rat kann nachgeordnete Gremien und Arbeitsgruppen einsetzen,

necessary for the achievement of the objectives of EUMETSAT.

5. The Council shall adopt its own rules of procedure.

Article 5

Role of the Council

1. The Council shall have the powers to adopt all the measures necessary for the implementation of this Convention.

2. In particular, the Council shall be empowered,

(a) by a unanimous vote of all the Member States:

- (i) to decide on the accession of states referred to in Article 15.3, and on the terms and conditions governing such accession;
- (ii) to decide on amendments to the Annexes and on the date of their entry into force;
- (iii) to approve the conclusion of cooperation Agreements with non-member States;
- (iv) to decide to dissolve or not to dissolve EUMETSAT in conformity with Article 19;
- (v) to decide on the modalities for embarking on the execution of systems other than that defined in Annex I and matching the objectives of EUMETSAT;

(b) by a two-thirds majority vote of the Member States present and voting representing also at least two-thirds of the total amount of contributions:

- (i) to adopt the annual budget, together with the level of staff complements and the expenditure and income forecast for the following three years attached thereto;
- (ii) to approve annually the accounts of the previous year, together with the balance sheet of the assets and liabilities of EUMETSAT, after taking note of the auditor's report, and give discharge to the Director in respect of the implementation of the budget;
- (iii) to adopt the appropriate measures referred to in Article 9.4;
- (iv) to adopt the financial rules as well as all other financial provisions;
- (v) to fix the amount of the special payment referred to in Article 16.5;

juge nécessaire à la réalisation des objectifs d'EUMETSAT.

5. Le Conseil arrête son règlement intérieur.

Article 5

Rôle du Conseil

1. Le Conseil dispose du pouvoir d'adopter toutes les mesures nécessaires à l'exécution de la présente Convention.

2. En particulier, le Conseil, statuant:

(a) à l'unanimité de tous les Etats membres,

- i. décide de l'adhésion des Etats visés à l'article 15.3 et des modalités et conditions de celle-ci;
- ii. décide des amendements aux Annexes et de la date de leur mise en vigueur;
- iii. approuve la conclusion d'Accords de coopération avec les Etats non membres;
- iv. décide de dissoudre ou de ne pas dissoudre EUMETSAT en application de l'article 19;
- v. décide des modalités pour entreprendre l'exécution de systèmes autres que celui défini à l'Annexe I et répondant aux objectifs d'EUMETSAT.

(b) à la majorité des deux tiers des Etats membres présents et votants, représentant au moins deux tiers du montant total des contributions:

- i. adopte le budget annuel, en même temps que le plan des dépenses et recettes à prévoir pour les trois années suivantes et le tableau des effectifs qui y sont joints;
- ii. approuve chaque année les comptes de l'exercice écoulé, ainsi que le bilan de l'actif et du passif d'EUMETSAT, après avoir pris connaissance du rapport des commissaires aux comptes et donne décharge au Directeur de l'exécution du budget;
- iii. adopte les mesures appropriées visées à l'article 9.4;
- iv. approuve le règlement financier ainsi que toutes dispositions financières;
- v. fixe le montant du versement spécial visé à l'article 16.5;

soweit er dies zur Verwirklichung der Ziele der EUMETSAT für erforderlich hält.

(5) Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 5

Rolle des Rates

(1) Der Rat ist befugt, alle zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

(2) Insbesondere ist der Rat befugt,

a) mit den Stimmen aller Mitgliedstaaten

- i) über den Beitritt der in Artikel 15 Absatz 3 bezeichneten Staaten sowie die Beitrittsmodalitäten und -bedingungen zu beschließen;
- ii) über Änderungen der Anlagen und den Tag ihres Inkrafttretens zu beschließen;
- iii) den Abschluß von Übereinkünften über Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten zu genehmigen;
- iv) über die Auflösung oder Nichtauflösung der EUMETSAT nach Artikel 19 zu beschließen;
- v) über die Modalitäten zur Aufnahme des Betriebs von Systemen zu beschließen, die nicht in Anlage I beschrieben sind und den Zielen der EUMETSAT entsprechen;

b) mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten, die mindestens zwei Drittel des gesamten Beitragsaufkommens vertreten,

- i) den Jahreshaushaltsplan sowie die Aufstellung der geplanten Ausgaben und Einnahmen für die drei nächsten Jahre und das Personalverzeichnis, die dem Haushaltsplan beigefügt sind, anzunehmen;
- ii) jedes Jahr nach Kenntnisnahme des Berichts der Rechnungsprüfer die Rechnungen des abgelaufenen Rechnungsjahrs sowie die Bilanz der Aktiva und Passiva der EUMETSAT zu genehmigen und dem Direktor für die Durchführung des Haushalts Entlastung zu erteilen;
- iii) die in Artikel 9 Absatz 4 bezeichneten geeigneten Maßnahmen zu treffen;
- iv) die Finanzordnung sowie alle sonstigen Finanzvorschriften zu genehmigen;
- v) die Höhe der in Artikel 16 Absatz 5 bezeichneten Sonderzahlung festzulegen;

- | | | |
|---|---|---|
| <p>(vi) to decide on the way EUMETSAT will be dissolved pursuant to the provisions of Article 19.3 and 4;</p> <p>(vii) to decide on the exclusion of a Member State pursuant to the provisions of Article 13;</p> <p>(viii) to decide on any transfer of the EUMETSAT Headquarters;</p> <p>(ix) to adopt the staff rules;</p> | <p>vi. statue sur les modalités de dissolution d'EUMETSAT, conformément aux dispositions de l'article 19.3 et 4;</p> <p>vii. décide de l'exclusion d'un Etat membre conformément aux dispositions de l'article 13;</p> <p>viii. décide du transfert du siège d'EUMETSAT;</p> <p>ix. adopte le Statut du personnel.</p> | <p>vi) über die Modalitäten der Auflösung der EUMETSAT nach Artikel 19 Absätze 3 und 4 zu beschließen;</p> <p>vii) über den Ausschluß eines Mitgliedstaats nach Artikel 13 zu beschließen;</p> <p>viii) über die Verlegung des Sitzes der EUMETSAT zu beschließen;</p> <p>ix) die Personalordnung anzunehmen;</p> |
| <p>(c) by a two-thirds majority of the Member States present and voting,</p> <p>(i) to appoint the Director for a specific period, and terminate or suspend his appointment; in the case of suspension the Council shall appoint an Acting Director;</p> <p>(ii) to define the operational specifications of the European meteorological satellite system, as well as the products and services which the system will provide to the Member States, as described in Annex I;</p> <p>(iii) to approve the conclusion of any Agreement with Member States, international governmental and non-governmental organisations, or national organisations of Member States;</p> <p>(iv) to adopt recommendations to the Member States concerning amendments to this Convention;</p> <p>(v) to adopt its own rules of procedure;</p> <p>(vi) to appoint the auditors and to decide the length of their appointments.</p> | <p>(c) à la majorité des deux tiers des Etats membres présents et votants:</p> <p>i. nomme le Directeur pour une période déterminée et peut mettre fin à son mandat ou suspendre celui-ci; dans ce dernier cas, le Conseil nomme un Directeur à titre intérimaire;</p> <p>ii. définit les spécifications opérationnelles du système européen de satellites météorologiques ainsi que les produits et services décrits en Annexe I que le système fournit aux Etats membres;</p> <p>iii. approuve tout Accord avec un Etat membre, une organisation internationale gouvernementale ou non gouvernementale, une organisation nationale relevant d'un Etat membre;</p> <p>iv. arrête les recommandations aux Etats membres concernant les amendements à apporter à la présente Convention;</p> <p>v. arrête son règlement intérieur;</p> <p>vi. nomme les commissaires aux comptes et décide de la durée de leur mandat.</p> | <p>c) mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten</p> <p>i) den Direktor für einen bestimmten Zeitraum zu ernennen sowie sein Mandat zu beenden oder auszusetzen; im letzteren Fall ernennt der Rat einen amtierenden Direktor;</p> <p>ii) die betrieblichen Einzelheiten des europäischen meteorologischen Satellitensystems sowie die in Anlage I beschriebenen Produkte und Dienstleistungen, die das System den Mitgliedstaaten zur Verfügung stellt, festzulegen;</p> <p>iii) den Abschluß von Übereinkünften mit Mitgliedstaaten, internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen oder nationalen Organisationen von Mitgliedstaaten zu genehmigen;</p> <p>iv) Empfehlungen an die Mitgliedstaaten über Änderungen dieses Übereinkommens anzunehmen;</p> <p>v) sich eine Geschäftsordnung zu geben;</p> <p>vi) die Rechnungsprüfer zu bestellen und über die Dauer ihres Auftrags zu beschließen;</p> |
| <p>(d) by a majority of the Member States present and voting,</p> <p>(i) to approve appointments and dismissals of senior staff;</p> <p>(ii) to decide on the setting-up of subsidiary bodies and working groups and define their terms of reference;</p> <p>(iii) to decide on any other measures not explicitly provided for in this Convention.</p> | <p>(d) à la majorité des Etats membres présents et votants:</p> <p>i. approuve la nomination et le licenciement des agents de grade supérieur;</p> <p>ii. décide de la création d'organes subsidiaires, de groupes de travail et définit leur mandat;</p> <p>iii. décide de toutes autres mesures ne faisant pas l'objet de dispositions expresses dans la présente Convention.</p> | <p>d). mit der Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitgliedstaaten</p> <p>i) die Ernennung und Entlassung leitender Bediensteter zu genehmigen;</p> <p>ii) über die Einsetzung von nachgeordneten Gremien und Arbeitsgruppen zu beschließen und ihre Aufgaben festzulegen;</p> <p>iii) über alle sonstigen Maßnahmen zu beschließen, die in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich vorgesehen sind.</p> |

3. Each Member State shall have one vote in the Council. However, a Member State shall have no vote in the Council if the amount of its arrears of contributions exceeds the assessed amount of its contributions for the current financial year. In such case the Member State concerned may nevertheless be authorised to vote if a two-thirds majority of all the Member States entitled to vote considers that the

3. Chaque Etat membre dispose d'une voix au Conseil. Toutefois, un Etat membre n'a pas droit de vote au Conseil si l'arriéré de ses contributions dépasse le montant de ses contributions fixé pour l'exercice financier courant. En pareil cas, ledit Etat membre peut néanmoins être autorisé à voter si la majorité des deux tiers de tous les Etats membres ayant droit de vote estime que le défaut de paie-

(3) Jeder Mitgliedstaat hat im Rat eine Stimme. Ein Mitgliedstaat ist jedoch im Rat nicht stimmberechtigt, wenn die Summe seiner rückständigen Beiträge die für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Summe seiner Beiträge übersteigt. In einem solchen Fall kann der betreffende Mitgliedstaat jedoch ermächtigt werden, an der Abstimmung teilzunehmen, wenn eine Zweidrittelmehrheit

non-payment is due to circumstances beyond its control. For the purpose of determining unanimity or the majorities provided for in the present Convention, no account shall be taken of a Member State that is not entitled to vote.

The expression "Member States present and voting" shall mean the Member States voting for or against. Member States that abstain shall be considered as not voting.

4. The presence of representatives of a majority of all the Member States entitled to vote shall be necessary to constitute a quorum. Council decisions in respect of urgent matters may be secured by means of a written procedure in the interval between Council meetings.

Article 6

The Director

1. The Director shall be responsible for the implementation of the decisions taken by the Council and for the execution of the tasks assigned to EUMETSAT. He shall be the legal representative of EUMETSAT and in that capacity he shall sign Agreements approved by the Council, as well as contracts.

2. The Director shall act on the instructions of the Council. He shall in particular,

- (a) ensure the proper functioning of EUMETSAT;
- (b) receive the contributions of the Member States;
- (c) enter into the commitments and incur the expenditure decided on by the Council, within the limit of the authorised credits;
- (d) draft tender invitations and contracts;
- (e) prepare the meetings of the Council and provide the meetings of possible subordinate bodies and working groups with the necessary technical and administrative assistance;
- (f) monitor and control the execution of contracts;
- (g) prepare and implement the budget of EUMETSAT in accordance with the financial rules and submit annually for approval by the Council the accounts relating to the implementation of the budget and the balance sheet of assets and liabilities, drawn up in each case in accordance with the financial rules, and the report on the activities of EUMETSAT;
- (h) maintain the necessary accounts;

ment est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté. Pour déterminer l'unanimité ou les majorités prévues dans la présente Convention, il n'est pas tenu compte d'un Etat membre n'ayant pas droit de vote.

L'expression «Etats membres présents et votants» s'entend des Etats membres votant pour ou contre. Les Etats membres qui s'abstiennent de voter sont considérés comme non votants.

4. La présence de représentants de la majorité de tous les Etats membres ayant droit de vote est nécessaire pour que le Conseil délibère valablement. Les décisions du Conseil relatives à une affaire urgente peuvent être acquises au moyen d'un vote par correspondance dans l'intervalle des sessions du Conseil.

Article 6

Le Directeur

1. Le Directeur assure l'exécution des décisions adoptées par le Conseil et celle des tâches confiées à EUMETSAT. Il est le représentant légal d'EUMETSAT et à ce titre, signe les Accords approuvés par le Conseil et les contrats.

2. Le Directeur agit sur instructions du Conseil. Il est en particulier chargé:

- (a) d'assurer le bon fonctionnement d'EUMETSAT,
- (b) de percevoir les contributions des Etats membres,
- (c) de procéder aux engagements et aux dépenses décidés par le Conseil dans la limite des crédits autorisés,
- (d) de préparer la rédaction des appels d'offres et des contrats,
- (e) de préparer les réunions du Conseil et de fournir aux sessions d'éventuels organes subsidiaires et de groupes de travail l'assistance technique et administrative nécessaire,
- (f) d'assurer et de contrôler l'exécution des contrats,
- (g) de préparer et d'exécuter le budget d'EUMETSAT conformément au règlement financier et de soumettre annuellement à l'approbation du Conseil les comptes afférents à l'exécution du budget et le bilan de l'actif et du passif, établis conformément au règlement financier, ainsi que le rapport d'activité d'EUMETSAT,
- (h) d'assurer la comptabilité,

aller stimmberechtigten Mitgliedstaaten der Ansicht ist, daß die Nichtzahlung der Beiträge auf Umstände zurückzuführen ist, auf die er keinen Einfluß hat. Bei der Bestimmung der Einstimmigkeit oder einer Mehrheit im Sinne dieses Übereinkommens wird ein Mitgliedstaat, der nicht stimmberechtigt ist, nicht berücksichtigt.

Der Ausdruck „anwesende und abstimmende Mitgliedstaaten“ bezeichnet diejenigen Mitgliedstaaten, die mit „ja“ oder „nein“ stimmen. Mitgliedstaaten, die sich der Stimme enthalten, gelten als nicht an der Abstimmung teilnehmend.

(4) Der Rat ist verhandlungs- und beschlußfähig, wenn Vertreter der Mehrheit aller stimmberechtigten Mitgliedstaaten anwesend sind. Beschlüsse des Rates über eine dringliche Angelegenheit können in der zwischen den Tagungen des Rates liegenden Zeit durch briefliche Stimmabgabe herbeigeführt werden.

Artikel 6

Der Direktor

(1) Der Direktor sorgt für die Durchführung der vom Rat gefaßten Beschlüsse sowie der der EUMETSAT zugewiesenen Aufgaben. Er vertritt die EUMETSAT nach außen und unterzeichnet in dieser Eigenschaft vom Rat genehmigte Abkommen sowie Verträge.

(2) Der Direktor untersteht der Weisung des Rates. Er hat insbesondere die Aufgabe,

- a) den ordnungsgemäßen Betrieb der EUMETSAT sicherzustellen,
- b) die Beiträge der Mitgliedstaaten einzuziehen,
- c) im Rahmen der genehmigten Mittel die vom Rat beschlossenen Verpflichtungen einzugehen und Ausgaben zu tätigen,
- d) Ausschreibungen und Verträge zu entwerfen,
- e) die Sitzungen des Rates vorzubereiten und für die Tagungen etwaiger nachgeordneter Gremien und Arbeitsgruppen die notwendige technische und verwaltungsmäßige Unterstützung zu gewähren,
- f) die Erfüllung der Verträge sicherzustellen und zu überwachen,
- g) den Haushalt der EUMETSAT im Einklang mit der Finanzordnung vorzubereiten und abzuwickeln und jährlich die Abrechnungen über die Abwicklung des Haushalts und die Bilanz der Aktiva und Passiva, die jeweils im Einklang mit der Finanzordnung aufgestellt sind, sowie den Tätigkeitsbericht der EUMETSAT dem Rat zur Genehmigung vorzulegen,
- h) die erforderlichen Konten zu führen.

(i) execute such other tasks as may be entrusted to him by the Council.

3. The Director shall be supported by a Secretariat.

Article 7

Staff of the Secretariat

1. Except as provided for in the second paragraph of this clause the staff of the Secretariat shall be governed by the staff rules adopted by the Council under the provisions of Article 5.2(b). Where the conditions of employment of a staff member of the Secretariat are not governed by the said rules, they shall be governed by the law applicable in the country where the person concerned is carrying out his duties.

2. Staff shall be recruited on the basis of their qualifications, account being taken of the international character of EUMETSAT. No post may be reserved to nationals of a specific Member State.

3. Staff of national bodies of the Member States may be employed by and made available to EUMETSAT for a specific period.

4. The Council shall, in conformity with Article 5.2(d), approve appointments and dismissals of senior staff as defined in the staff rules. Other staff members shall be appointed and may be dismissed by the Director acting under authority delegated by the Council. The Director shall have authority over the Secretariat staff as a whole.

5. The Member States shall respect the international character of the responsibilities of the Director and members of the Secretariat. In the exercise of their duties, the Director and members of the Secretariat shall neither seek nor accept instructions from any Government or any authority external to EUMETSAT.

Article 8

Liability

1. EUMETSAT offers no warranty in respect of the services and products provided or to be provided pursuant to this Convention.

2. EUMETSAT, the Member States, and their civil servants or employees when acting in the exercise of their functions and within the limits of their authority, as well as any representative at EUMETSAT meetings, shall not be liable to any Member State or EUMETSAT in respect of loss or injury resulting from any discontinuation, delay or unsatisfactory operation of the services provided in accordance with

(i) d'exécuter toute autre tâche qui lui est confiée par le Conseil.

3. Le Directeur est assisté d'un secrétariat.

Article 7

Le personnel du secrétariat

1. Sous réserve du deuxième alinéa du présent paragraphe, le personnel du secrétariat est régi par le statut du personnel adopté par le Conseil statuant conformément à l'article 5.2 (b). Si les conditions d'emploi d'un agent du secrétariat ne relèvent pas de ce statut, elles sont soumises au droit applicable dans l'Etat où l'intéressé exerce ses activités.

2. Le recrutement du personnel s'effectue sur la base de sa qualification, compte tenu du caractère international d'EUMETSAT. Aucun emploi ne peut être réservé aux ressortissants d'un Etat membre déterminé.

3. Il peut être fait appel à des agents d'organismes nationaux des Etats membres, mis à la disposition d'EUMETSAT pour une durée déterminée.

4. Le Conseil approuve, conformément à l'article 5.2 (d), la nomination et le licenciement des agents de grade supérieur tel que défini par le statut du personnel. Les autres membres du personnel sont nommés et licenciés par le Directeur agissant par délégation du Conseil. Le Directeur a autorité sur l'ensemble du personnel.

5. Les Etats membres sont tenus de respecter le caractère international des responsabilités du Directeur et des agents du secrétariat. Dans l'exercice de leurs fonctions, le Directeur et les agents du secrétariat ne doivent solliciter ou recevoir d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité extérieure à EUMETSAT.

Article 8

Responsabilité

1. EUMETSAT n'offre pas de garantie pour les services et les produits qui doivent être fournis conformément à la présente Convention.

2. EUMETSAT, tout Etat membre et, lorsqu'il agit dans l'exercice de ses fonctions et dans les limites de ses attributions, tout fonctionnaire ou employé de l'un d'eux, tout représentant aux différentes réunions d'EUMETSAT n'encourent aucune responsabilité à l'égard de tout Etat membre ou d'EUMETSAT pour les pertes ou dommages résultant de tout arrêt, retard ou mauvais fonctionnement

i) alle anderen ihm vom Rat übertragenen Aufgaben auszuführen.

(3) Der Direktor wird durch ein Sekretariat unterstützt.

Artikel 7

Personal des Sekretariats

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 2 unterliegt das Personal des Sekretariats der vom Rat nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b angenommenen Personalordnung. Fallen die Anstellungsbedingungen eines Bediensteten des Sekretariats nicht unter die Personalordnung, so bestimmen sie sich nach dem geltenden Recht des Staates, in dem der Betreffende seine Tätigkeit ausübt.

(2) Die Einstellung des Personals erfolgt auf der Grundlage der Befähigung unter Berücksichtigung des internationalen Charakters der EUMETSAT. Eine Stelle darf nicht den Staatsangehörigen eines bestimmten Mitgliedstaats vorbehalten werden.

(3) Bedienstete nationaler Stellen der Mitgliedstaaten können für einen bestimmten Zeitraum von der EUMETSAT eingestellt oder dieser zur Verfügung gestellt werden.

(4) Der Rat genehmigt nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe d die Ernennung und Entlassung leitender Bediensteter nach Maßgabe der Personalordnung. Das übrige Personal wird durch den Direktor im Rahmen der ihm vom Rat übertragenen Befugnis angestellt und entlassen. Der Direktor ist weisungsbefugt gegenüber dem gesamten Personal.

(5) Die Mitgliedstaaten haben den internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Direktors und der Bediensteten des Sekretariats zu achten. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben dürfen der Direktor und die Bediensteten des Sekretariats keine Anweisungen von einer Regierung oder einer Behörde außerhalb der EUMETSAT einholen oder entgegennehmen.

Artikel 8

Haftung

(1) Die EUMETSAT gibt keine Garantie in bezug auf die Dienstleistungen und Produkte, die nach diesem Übereinkommen zur Verfügung gestellt werden oder zu stellen sind.

(2) Die EUMETSAT, die Mitgliedstaaten, die Beamten oder Bediensteten derselben, die in Wahrnehmung ihrer Aufgaben innerhalb der Grenzen ihrer Zuständigkeit handeln, sowie die Vertreter bei den Sitzungen der EUMETSAT haften nicht gegenüber einem Mitgliedstaat oder der EUMETSAT für Schaden jeder Art aufgrund einer Einstellung, Verzögerung oder Funktionsstörung bei den nach

Annex I to this Convention.

3. No Member shall be liable for the acts and obligations of EUMETSAT linked with the establishment of the space segment of EUMETSAT, except where such liability results from a treaty to which that Member State and a State claiming compensation are parties. In that case, EUMETSAT shall indemnify the Member State concerned in respect of any such liability, unless the latter has expressly undertaken to assume exclusively such liability. The Council shall establish the procedures for the implementation of this paragraph.

Article 9

Funding principles

1. The expenditure of EUMETSAT shall comprise the costs relating to the services provided by contractors and suppliers, as well as the expenditure necessary for the execution of the duties devolving on it.

2. The expenditure of EUMETSAT shall be covered by the financial contributions of the Member States and by any other EUMETSAT income.

3. Each Member State shall pay to EUMETSAT an annual contribution in convertible currency on the basis of the scale contained in Annex II. The methods of payment of the contributions shall be determined in the financial rules.

4. If, subsequent to the date of entry into force of this Convention pursuant to either paragraph 1 or paragraph 2 of Article 16, a Member State ceases to be a party to the Convention or if a State accedes to it, the Council shall examine the corresponding consequences and shall adopt the appropriate measures. In addition, the scale of contributions referred to in Annex II may be adjusted on a pro rata basis.

5. The financial rules shall define the applicable procedure in the event of the non-payment of contributions of a Member State, as well as the additional charges on the Member State that is in arrears with its contributions.

6. The Council may accept voluntary contributions, whether in cash or otherwise, provided they are made for purposes compatible with the objectives, activities and principles of conduct of EUMETSAT.

Article 10

The Budget

1. The budget shall be established in terms of European Currency Units (ECU)

des services qui doivent être fournis, conformément à l'Annexe I de la présente Convention.

3. Aucun Etat membre n'encourt de responsabilité individuelle pour les actes et obligations d'EUMETSAT liés à la mise en place du secteur spatial d'EUMETSAT, sauf si ladite responsabilité résulte d'un traité auquel cet Etat membre et l'Etat demandant réparation sont parties. Dans ce cas, EUMETSAT indemnise l'Etat membre concerné des sommes qu'il a acquittées, à moins que ledit Etat membre ne se soit expressément engagé à assumer seul une telle responsabilité. Le Conseil établit les mesures d'application du présent paragraphe.

Article 9

Principes de financement

1. Les dépenses d'EUMETSAT comprennent les coûts relatifs aux services fournis par les contractants ou les fournisseurs ainsi que les dépenses d'EUMETSAT nécessaires pour l'exécution des fonctions qui lui sont dévolues.

2. Les dépenses d'EUMETSAT sont couvertes par les contributions financières des Etats membres et par les autres recettes éventuelles d'EUMETSAT.

3. Chaque Etat membre verse à EUMETSAT une contribution annuelle en devises convertibles sur la base du barème figurant en Annexe II. Les modalités de versement des contributions sont fixées par le règlement financier.

4. Si, postérieurement à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, conformément soit au paragraphe 1 soit au paragraphe 2 de l'article 16, un Etat membre cesse d'y être partie ou un Etat y adhère, le Conseil examine les conséquences correspondantes et adopte les mesures appropriées. En outre, le barème de contributions visé à l'Annexe II peut faire l'objet d'un ajustement au prorata.

5. Le règlement financier définit la procédure applicable en cas de non versement de contributions de la part d'un Etat membre ainsi que les charges de l'Etat membre en retard de contributions.

6. Le Conseil peut accepter des contributions volontaires, qu'elles soient ou non en espèces, à condition qu'elles soient offertes à des fins compatibles avec les objectifs, l'activité et les principes de gestion d'EUMETSAT.

Article 10

Le budget

1. Le budget est établi en unités de compte européennes (ECU) telles que

Anlage I dieses Übereinkommens zur Verfügung zu stellenden Diensten.

(3) Ein Mitgliedstaat haftet nicht einzeln für die Handlungen und Verpflichtungen der EUMETSAT im Zusammenhang mit der Errichtung des Weltraumsegments der EUMETSAT, außer wenn sich die Haftung aus einem Vertrag ergibt, dessen Vertragsparteien der betreffende Mitgliedstaat und ein Entschädigung verlangender Staat sind. In diesem Fall stellt die EUMETSAT den betreffenden Mitgliedstaat von jeder solchen Haftung frei, sofern der Mitgliedstaat sich nicht ausdrücklich verpflichtet hat, diese Haftung allein zu übernehmen. Der Rat legt die Verfahren zur Durchführung dieses Absatzes fest.

Artikel 9

Finanzierungsgrundsätze

(1) Die Ausgaben der EUMETSAT umfassen die Kosten für die von Auftragnehmern und Lieferanten erbrachten Leistungen sowie die Ausgaben der EUMETSAT, die zur Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

(2) Die Ausgaben der EUMETSAT werden durch die Finanzierungsbeiträge der Mitgliedstaaten und durch etwaige sonstige Einnahmen der EUMETSAT gedeckt.

(3) Jeder Mitgliedstaat zahlt der EUMETSAT einen jährlichen Beitrag in konvertierbarer Währung auf der Grundlage des Schlüssels in Anlage II. Die Modalitäten für die Zahlung der Beiträge werden in der Finanzordnung festgelegt.

(4) Falls nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Artikel 16 Absatz 1 oder 2 ein Mitgliedstaat aufhört, Vertragspartei des Übereinkommens zu sein, oder ein Staat dem Übereinkommen beitrifft, prüft der Rat die entsprechenden Folgen und trifft die geeigneten Maßnahmen. Darüber hinaus kann der in Anlage II aufgeführte Beitragsschlüssel anteilmäßig angepaßt werden.

(5) In der Finanzordnung wird festgelegt, welches Verfahren im Fall der Nichtzahlung von Beiträgen durch einen Mitgliedstaat anzuwenden ist und welche zusätzlichen Lasten der in Verzug geratene Mitgliedstaat zu tragen hat.

(6) Der Rat kann freiwillige Beiträge, gleichviel ob sie bar oder in anderer Form geleistet werden, annehmen, sofern sie zu Zwecken angeboten werden, die mit den Zielen, der Tätigkeit und den Verhaltensgrundsätzen der EUMETSAT vereinbar sind.

Artikel 10

Der Haushaltsplan

(1) Der Haushaltsplan wird in den in der Finanzverordnung der Europäischen

as defined in the Financial Regulations of the European Communities no. 3180/78 of 18 December 1978.

2. The financial year shall run from 1 January to 31 December.

3. The annual budget of EUMETSAT shall be drawn up for each financial year before the beginning of that year under the conditions laid down in the Financial Rules. The revenue and expenditure shown in the budget shall be in balance.

4. The Council shall, in conformity with Article 5.2(b), adopt the budget for each financial year, as well as any supplementary and amending budgets.

5. The Council's adoption of the budget shall constitute:

- (a) the obligation for each Member State to make available to EUMETSAT the financial contributions fixed in the budget;
- (b) the authority for the Director to incur commitments and expenditure within the limit of the corresponding authorised credits.

6. If the budget has not been adopted by the Council by the beginning of a financial year, the Director may, each month, enter into commitments and make payments in each chapter of the budget up to one twelfth of the appropriations in the budget of the preceding financial year, provided that he shall not have at his disposal appropriations in excess of one twelfth of those provided for in the draft budget.

7. Member States shall pay each month, on a provisional basis and in accordance with the scale referred to in Annex II, the amounts necessary for the application of paragraph 6.

8. The detail of the financial arrangements and accounting procedures shall be contained in the financial rules adopted by the Council in conformity with Article 5.2(b).

définies par le Règlement financier des Communautés européennes n° 3180/78 du 18 décembre 1978.

2. L'exercice financier commence le 1^{er} janvier et se termine le 31 décembre.

3. Le budget annuel d'EUMETSAT est établi pour chaque exercice financier avant l'ouverture de celui-ci conformément aux dispositions du règlement financier. Les recettes et les dépenses qui figurent au budget doivent être équilibrées.

4. Le Conseil adopte, conformément à l'article 5.2 (b), le budget de chaque exercice ainsi qu'éventuellement les budgets supplémentaires et rectificatifs.

5. L'adoption du budget par le Conseil comporte:

- (a) l'obligation, pour chaque Etat membre, de mettre à la disposition d'EUMETSAT les contributions financières fixées dans le budget;
- (b) l'autorisation, pour le Directeur, de procéder aux engagements et aux dépenses dans la limite des crédits correspondants qui ont été autorisés.

6. Si, au début d'un exercice financier, le budget n'a pas été arrêté par le Conseil, le Directeur peut procéder mensuellement aux engagements et aux dépenses par chapitres, dans la limite du douzième des crédits ouverts au budget de l'exercice précédent, et sans que cette mesure puisse avoir pour effet de mettre à sa disposition des crédits supérieurs au douzième de ceux prévus dans le projet de budget.

7. Les Etats membres versent chaque mois, à titre provisionnel, conformément au barème prévu à l'Annexe II, les sommes nécessaires en vue d'assurer l'application du paragraphe 6.

8. Le détail des dispositions financières et des procédures comptables figure dans le règlement financier adopté par le Conseil statuant conformément à l'article 5.2 (b).

Gemeinschaften Nr. 3180/78 vom 18. Dezember 1978 definierten Europäischen Währungseinheiten (ECU) aufgestellt.

(2) Das Rechnungsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember.

(3) Der Jahreshaushaltsplan der EUMETSAT wird für jedes Rechnungsjahr vor dessen Beginn nach Maßgabe der Finanzordnung aufgestellt. Die im Haushaltsplan ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein.

(4) Der Rat nimmt nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b den Haushaltsplan für jedes Rechnungsjahr sowie gegebenenfalls die Ergänzungs- und Berichtigungshaushalte an.

(5) Die Annahme des Haushaltsplans durch den Rat beinhaltet

- a) die Verpflichtung für jeden Mitgliedstaat, der EUMETSAT die im Haushaltsplan festgelegten Finanzierungsbeiträge zur Verfügung zu stellen;
- b) die Genehmigung für den Direktor, im Rahmen der entsprechenden genehmigten Haushaltsmittel Verpflichtungen einzugehen und Ausgaben zu tätigen.

(6) Ist zu Beginn eines Rechnungsjahrs der Haushaltsplan vom Rat noch nicht angenommen worden, so kann der Direktor jeden Monat in einer Höhe von bis zu einem Zwölftel der Haushaltsmittel des vorangegangenen Rechnungsjahrs für jeden Haushaltstitel Verpflichtungen eingehen und Ausgaben tätigen, wobei dies nicht dazu führen darf, daß er über Mittel verfügt, die über ein Zwölftel der im Haushaltsentwurf vorgesehenen hinausgehen.

(7) Die Mitgliedstaaten zahlen jeden Monat entsprechend dem in Anlage II vorgesehenen Schlüssel vorläufig die zur Anwendung des Absatzes 6 erforderlichen Beträge.

(8) Das Nähere zu den Finanzbestimmungen und den Rechnungslegungsverfahren regelt die vom Rat nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b angenommene Finanzordnung.

Article 11

Audit

1. The accounts of all revenue and expenditure shown in the budget and the balance sheet of the assets and liabilities of EUMETSAT shall, under the conditions laid down in the financial rules, be submitted for annual audit. The auditors shall submit to the Council each year a report on the accounts.

2. The Director shall give the auditors any information and assistance needed for the execution of their task.

Article 11

Vérification des comptes

1. Les comptes de la totalité des recettes et des dépenses du budget ainsi que le bilan de l'actif et du passif d'EUMETSAT sont soumis à une vérification annuelle, dans les conditions prévues par le règlement financier. Les commissaires aux comptes soumettent chaque année au Conseil un rapport sur les comptes.

2. Le Directeur fournit aux commissaires aux comptes toutes les informations et l'assistance dont ils ont besoin pour l'exécution de leur mission.

Artikel 11

Rechnungsprüfung

(1) Die Rechnungen über alle im Haushalt ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben sowie die Bilanz der Aktiva und Passiva der EUMETSAT werden nach Maßgabe der Finanzordnung einer jährlichen Prüfung unterzogen. Die Rechnungsprüfer legen dem Rat jedes Jahr einen Bericht über den Rechnungsab-schluß vor.

(2) Der Direktor erteilt den Rechnungsprüfern alle Auskünfte und gewährt ihnen jede Hilfe, deren sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe bedürfen.

3 The further detail of the audit shall be determined by the Council.

Article 12

Privileges and immunities

EUMETSAT shall enjoy the privileges and immunities that are necessary for the performance of its official activities, in conformity with a Protocol to be drawn up subsequently.

Article 13

Non-fulfilment of obligations

A Member State that fails to fulfil its obligations under this Convention shall cease to be a member of EUMETSAT, if the Council so decides in conformity with the provisions of Article 5.2(b), the State concerned not taking part in the vote on this issue. The decision shall take effect at the end of the financial year during which it was taken. The provisions of paragraphs 2 and 3 of Article 18 shall apply.

Article 14

Disputes

1. Any dispute between two or more Member States, or between any of them and EUMETSAT, concerning the interpretation or application of this Convention or its Annexes, that cannot be settled by or through the Council, shall, at the request of any Party to the dispute, be submitted to an Arbitration Tribunal, unless the Parties agree on another mode of settling the dispute.

2. The Arbitration Tribunal shall consist of three members. Each Party to the dispute shall nominate one arbitrator within a period of two months reckoned from the date of receipt of the request referred to in paragraph 1 above. The first two arbitrators shall, within a period of two months reckoned from the nomination of the second arbitrator, nominate the third arbitrator, who shall be the chairman of the Arbitration Tribunal and who may not be a national of a State that is a Party to the dispute. If one of the two arbitrators has not been nominated within the required period he shall, at the request of either Party, be nominated by the President of the International Court of Justice or, if there is no agreement between the Parties to call on the latter, by the Secretary General of the Permanent Court of Arbitration. The same procedure shall apply if the Chairman of the Arbitration Tribunal has not been nominated within the required period.

3. The Arbitration Tribunal shall itself determine its seat and establish its own rules of procedure.

4. Each Party shall bear the cost relating to the arbitrator for whose nomination it is responsible, as well as the costs of

3. Le Conseil fixe les modalités supplémentaires sur la vérification des comptes.

Article 12

Privileges et Immunités

EUMETSAT jouit des privilèges et immunités nécessaires à l'exercice de ses activités officielles, conformément à un Protocole qui sera ultérieurement établi.

Article 13

Inexécution des obligations

Tout Etat membre qui ne remplit pas les obligations découlant de la présente Convention cesse d'être membre d'EUMETSAT si le Conseil en décide ainsi conformément à l'article 5.2 (b), l'Etat concerné ne participant pas au vote sur ce point. La décision prend effet à la fin de l'exercice financier au cours duquel elle a été prise. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 18 sont applicables.

Article 14

Règlement des différends

1. Tout différend entre deux ou plusieurs Etats membres, ou entre un ou plusieurs Etats membres et EUMETSAT, au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention ou de ses Annexes, qui n'aura pu être réglé par l'entremise du Conseil, est soumis à un Tribunal d'arbitrage sur la demande d'une des parties au différend, à moins que les parties ne conviennent d'un autre mode de règlement.

2. Le tribunal d'arbitrage est composé de trois membres. Chaque partie au différend désigne un arbitre dans un délai de deux mois à compter de la réception de la demande visée au paragraphe premier. Les deux premiers arbitres désignent, dans un délai de deux mois à compter de la désignation du deuxième arbitre, un troisième arbitre qui assume la présidence du tribunal d'arbitrage et qui ne peut être un ressortissant d'une partie au différend. Si l'un des deux arbitres n'a pas été désigné dans le délai prévu, il est désigné par le Président de la Cour internationale de justice ou, en cas de désaccord entre les parties sur le recours à ce dernier, par le Secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage, à la demande de l'une des parties. La même procédure s'applique si le Président du tribunal d'arbitrage n'a pas été désigné dans le délai prévu.

3. Le tribunal d'arbitrage détermine le lieu où il siège et fixe lui-même les règles de procédure.

4. Chaque partie assume les dépenses concernant l'arbitre qu'il lui appartenait de désigner et celles de sa représenta-

(3) Der Rat bestimmt das Nähere für die Rechnungsprüfung.

Artikel 12

Vorrechte und Immunitäten

Die EUMETSAT genießt die zur Durchführung ihrer amtlichen Tätigkeiten erforderlichen Vorrechte und Immunitäten nach Maßgabe eines Protokolls, das noch ausgearbeitet wird.

Artikel 13

Nichterfüllung von Verpflichtungen

Ein Mitgliedstaat, der seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nachkommt, verliert seine Mitgliedschaft in der EUMETSAT, wenn der Rat dies nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b beschließt, wobei der betreffende Staat an der Abstimmung über diesen Punkt nicht teilnimmt. Der Beschluß wird zum Ende des Rechnungsjahrs wirksam, in dem er gefaßt wurde. Artikel 18 Absätze 2 und 3 ist anzuwenden.

Artikel 14

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Mitgliedstaaten oder zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der EUMETSAT über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder seiner Anlagen, die nicht durch die Vermittlung des Rates beigelegt werden kann, wird auf Ersuchen einer Streitpartei einem Schiedsgericht unterbreitet, sofern die Parteien keine andere Art der Beilegung vereinbaren.

(2) Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei bestellt innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des in Absatz 1 bezeichneten Ersuchens einen Schiedsrichter. Die beiden ersten Schiedsrichter bestellen innerhalb von zwei Monaten nach der Bestellung des zweiten Schiedsrichters einen dritten Schiedsrichter, der Obmann des Schiedsgerichts ist und nicht Staatsangehöriger einer Streitpartei sein darf. Ist einer der beiden Schiedsrichter nicht innerhalb der vorgesehenen Frist bestellt worden, so wird er auf Ersuchen einer der Parteien durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs oder, wenn zwischen den Parteien keine Einigung über seine Inanspruchnahme besteht, den Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs bestellt. Dasselbe Verfahren findet Anwendung, wenn der Obmann des Schiedsgerichts nicht innerhalb der vorgesehenen Frist bestellt worden ist.

(3) Das Schiedsgericht bestimmt seinen Sitz und gibt sich eine Verfahrensordnung.

(4) Jede Partei trägt die Kosten des Schiedsrichters, für dessen Bestellung sie verantwortlich ist, sowie die Kosten

being represented before the Tribunal. The expenditure relating to the Chairman of the Arbitration Tribunal shall be shared equally by the Parties to the dispute.

5. The award of the Arbitration Tribunal shall be made by a majority of its members, who may not abstain from voting. This award shall be final and binding on all Parties to the dispute and no appeal shall lie against it. The Parties shall comply with the award without delay. In the event of a dispute as to its meaning or scope, the Arbitration Tribunal shall interpret it at the request of any Party to the dispute.

Article 15
Signature,
Ratification and Accession

1. This Convention shall be open for signature by the States that took part in the Conference of Plenipotentiaries on the setting-up of a European Organisation for the Exploitation of Meteorological Satellites.

2. The said States shall become Parties to this Convention either

– by signature not subject to ratification, acceptance or approval, or

– by the deposit of an instrument of ratification, acceptance or approval with the depositary if the Convention was signed subject to ratification, acceptance or approval.

3. From the date of entry into force of this Convention, any State that did not take part in the Conference of Plenipotentiaries referred to in paragraph 1 of this Article may accede to it following a Council decision taken in conformity with the provisions of Article 5.2(a). A State that wishes to accede to this Convention shall notify the Director accordingly and the latter shall inform the Member States of the request at least three months before it is submitted to the Council for decision. The Council shall determine the terms and conditions for the accession of the State in question, in conformity with Article 5.2(a).

4. The instruments of ratification, acceptance, approval and accession shall be deposited with the Government of the Swiss Confederation, referred to as "the depositary".

Article 16
Entry into force

1. This Convention shall enter into force sixty days after the date on which States whose aggregate contributions according to the scale at Annex II amount to at least 85 % of the total amount of the contributions have become Parties to the Convention in implementation of Article 15.2.

tion dans la procédure devant le tribunal. Les dépenses concernant le président du tribunal d'arbitrage sont prises en charge à parts égales par les parties au différend.

5. La sentence du tribunal d'arbitrage est rendue à la majorité de ses membres qui ne peuvent s'abstenir de voter. La sentence est définitive et obligatoire pour toutes les parties au différend et aucun recours ne peut être interjeté contre elle. Les parties se conforment sans délai à la sentence. En cas de contestation sur son sens et sa portée, le tribunal d'arbitrage l'interprète sur la demande d'une des parties au différend.

Article 15
Signature,
ratification et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats qui ont participé à la Conférence des Plénipotentiaires pour l'établissement d'une Organisation européenne pour l'exploitation des satellites météorologiques.

2. Lesdits Etats deviennent parties à la présente Convention:

– soit par la signature sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation,

– soit par le dépôt d'un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation auprès du dépositaire si la Convention a été signée sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

3. A partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, tout Etat qui n'a pas participé à la Conférence des Plénipotentiaires visée au paragraphe 1, peut adhérer à la Convention à la suite d'une décision du Conseil prise conformément à l'article 5.2 (a). Un Etat désireux d'adhérer à la présente Convention notifie sa demande au Directeur qui en informe les Etats membres au moins trois mois avant qu'elle ne soit soumise au Conseil pour décision. Le Conseil fixe les modalités et les conditions d'adhésion dudit Etat conformément à l'article 5.2 (a).

4. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement de la Confédération suisse, dénommé «le dépositaire».

Article 16
Entrée en vigueur

1. La présente Convention entre en vigueur soixante jours après la date à laquelle sont devenus parties à la Convention en application de l'article 15.2 les Etats dont la somme des contributions atteint, selon le barème joint en Annexe II, au moins 85 % du montant total des contributions.

ihrer Vertretung vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns des Schiedsgerichts werden von den Streitparteien zu gleichen Teilen getragen.

(5) Der Spruch des Schiedsgerichts ergeht mit der Mehrheit seiner Mitglieder; Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Der Spruch ist endgültig und für alle Streitparteien bindend; er kann nicht angefochten werden. Die Parteien führen den Spruch unverzüglich aus. Im Fall einer Streitigkeit über seine Bedeutung oder Geltung legt ihn das Schiedsgericht aus, wenn eine Streitpartei dies verlangt.

Artikel 15
Unterzeichnung,
Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die an der Bevollmächtigtenkonferenz zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten teilgenommen haben, zur Unterzeichnung auf.

(2) Diese Staaten werden Vertragsparteien dieses Übereinkommens,

– indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder

– indem sie eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Verwahrer hinterlegen, falls das Übereinkommen vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet wurde.

(3) Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder Staat, der nicht an der in Absatz 1 genannten Bevollmächtigtenkonferenz teilgenommen hat, dem Übereinkommen aufgrund eines nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a angenommenen Ratsbeschlusses beitreten. Ein Staat, der diesem Übereinkommen beizutreten wünscht, notifiziert dies dem Direktor; dieser unterrichtet die Mitgliedstaaten von dem Antrag spätestens drei Monate, bevor er dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Der Rat legt die Modalitäten und Bedingungen für den Beitritt des betreffenden Staates nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a fest.

(4) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- und Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dem „Verwahrer“, hinterlegt.

Artikel 16
Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt sechzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem Staaten, deren Beiträge nach dem Schlüssel in Anlage II insgesamt mindestens 85 v. H. der Gesamtbeitragssumme betragen, nach Artikel 15 Absatz 2 Vertragsparteien des Übereinkommens geworden sind.

2. If the requirements for entry into force of this Convention in accordance with paragraph 1 of this Article have not been met 2 years after the date on which the Convention was opened for signature, the depositary shall, at the earliest time possible, convene the Governments of the States which have signed the Convention without their signature being subject to ratification, acceptance or approval or which have deposited instruments of ratification, acceptance or approval. These Governments may then decide that notwithstanding the requirements of paragraph 1 the Convention shall enter into force among them. In taking such a decision these Governments shall agree upon the date of entry into force and a revision of the scale of contributions referred to in Annex II.

3. Following the entry into force of the Convention pursuant to either paragraph 1 or paragraph 2 of this Article, and pending the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval, a State that has signed the Convention subject to ratification, acceptance or approval may take part in EUMETSAT meetings without the right to vote.

4. For any State that, subsequent to the date of entry into force of the Convention, pursuant to either paragraph 1 or paragraph 2 of this Article, signs the Convention without its signature being subject to ratification, acceptance or approval, or deposits its instrument of ratification, acceptance or approval, and for any State that accedes to it, the Convention shall take effect on the date of signature by the said State or on the date of deposit of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, as the case may be.

5. Any State referred to in Article 15.1 that becomes a Party to the Convention shall, in as far as is necessary, make a special payment towards the investments already made for setting up the initial system as described in Annex I, calculated on the basis of the rate of contribution of that State and fixed in Annex II or determined by the Council in conformity with Article 5.2(b). For any acceding State the special payment in question shall form part of the conditions governing accession, adopted by the Council in conformity with Article 5.2(a).

Article 17

Amendments

1. Any Member State may propose amendments to this Convention. The amendment proposals shall be sent to the Director who shall communicate them to the other Member States at least three months prior to their examination by the Council. The Council shall examine the said proposals and may, by a decision taken in conformity with Article 5.2(c) rec-

2. Si les conditions prévues pour l'entrée en vigueur de la présente Convention au paragraphe 1 du présent article ne sont pas remplies vingt-quatre mois après la date d'ouverture à signature de la Convention, le dépositaire convoque, aussitôt que possible, les Gouvernements des Etats qui ont signé la Convention sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou déposé leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Ces Gouvernements peuvent alors décider que notwithstanding les conditions prévues au paragraphe 1, la Convention entrera en vigueur entre eux. En prenant une telle décision ces Gouvernements conviennent de la date de l'entrée en vigueur et d'une révision du barème des contributions figurant en Annexe II.

3. Après l'entrée en vigueur de la Convention conformément soit au paragraphe 1 soit au paragraphe 2 du présent article et en attendant le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, un Etat qui a signé la Convention sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, peut participer aux réunions d'EUMETSAT sans droit de vote.

4. Pour tout Etat qui, après la date de l'entrée en vigueur de la Convention conformément soit au paragraphe 1 soit au paragraphe 2 du présent article, signe celle-ci sans réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation ou dépose son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation ainsi que pour tout Etat qui y adhère, la Convention prend effet, selon le cas, à la date de la signature ou à celle du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

5. Tout Etat visé à l'article 15.1 qui devient partie à la Convention effectue, autant qu'il est nécessaire, un versement spécial au titre des investissements déjà réalisés pour mettre en place le système initial défini à l'Annexe I, calculé sur la base de son taux de contribution et fixé dans l'Annexe II ou déterminé par le Conseil conformément à l'article 5.2 (b). Pour tout Etat qui adhère à la Convention, ce versement spécial fait partie des conditions d'adhésion arrêtées par le Conseil conformément à l'article 5.2 (a).

Article 17

Amendments

1. Tout Etat membre peut proposer des amendements à la présente Convention. Les propositions d'amendements sont adressées au Directeur qui les communique aux autres Etats membres au moins trois mois avant leur examen par le Conseil. Le Conseil examine ces propositions et peut, en statuant conformément à l'article 5.2 (c), recommander aux Etats

(2) Sind die in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen für das Inkrafttreten dieses Übereinkommens zwei Jahre nach dem Tag, an dem das Übereinkommen zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, nicht erfüllt, so ruft der Verwahrer die Regierungen der Staaten, die das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben, so bald wie möglich zusammen. Diese Regierungen können sodann beschließen, daß das Übereinkommen ungeachtet der in Absatz 1 vorgesehenen Bedingungen zwischen ihnen in Kraft tritt. Fassen diese Regierungen einen solchen Beschluß, so vereinbaren sie den Tag des Inkrafttretens und eine Revision des in Anlage II enthaltenen Beitragsschlüssels.

(3) Nach Inkrafttreten des Übereinkommens gemäß Absatz 1 oder 2 kann ein Staat, der das Übereinkommen vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet hat, bis zur Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde ohne Stimmrecht an den Sitzungen der EUMETSAT teilnehmen.

(4) Für jeden Staat, der nach dem Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens gemäß Absatz 1 oder 2 dieses ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder seine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt, sowie für jeden Staat, der dem Übereinkommen beiträgt, tritt das Übereinkommen am Tag der Unterzeichnung bzw. am Tag der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(5) Jeder in Artikel 15 Absatz 1 bezeichnete Staat, der Vertragspartei des Übereinkommens wird, leistet soweit nötig eine Sonderzahlung auf die zur Errichtung des in Anlage I beschriebenen Ausgangssystems bereits getätigten Investitionen; diese Zahlung wird auf der Grundlage seines Beitragssatzes errechnet und in Anlage II festgelegt oder nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b vom Rat festgesetzt. Für jeden beitretenden Staat gehört diese Sonderzahlung zu den vom Rat nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a festzulegenden Beitrittsbedingungen.

Artikel 17

Änderungen

(1) Jeder Mitgliedstaat kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Die Änderungsvorschläge werden an den Direktor gerichtet, der sie spätestens drei Monate vor ihrer Prüfung durch den Rat den anderen Mitgliedstaaten zuleitet. Der Rat prüft diese Vorschläge und kann durch einen Beschluß nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe c den Mitgliedstaa-

ommend the Member States to accept the proposed amendments.

2. The amendments recommended by the Council shall enter into force thirty days following the receipt by the depositary of the Convention of the written declarations of acceptance of all the Member States.

3. Notwithstanding the provisions of Article 5.2(b)(iii) the Council may, by a decision taken in conformity with Article 5.2(a), amend the Annexes to this Convention provided that any such amendment does not conflict with the Convention, at the same time determining the corresponding date of entry into force for all the Member States.

Article 18

Denunciation

1. After this Convention has been in force for six years, any Member State may denounce it by notifying the depositary of the Convention. The denunciation shall take effect at the end of the financial year following that during which it was notified.

2. After the denunciation has taken effect, the State concerned shall remain bound to honour its share of the payment appropriations corresponding to approved contract authority used both under the budget for the financial year in which the denunciation was notified and under previous budgets.

3. The State concerned shall retain the rights it has acquired up to the date the denunciation takes effect.

Article 19

Dissolution

1. EUMETSAT may at any time be dissolved by the Council by a decision in accordance with Article 5.2(a).

2. Unless the Council decides otherwise, by a decision taken in conformity with Article 5.2(a), a Member State having denounced the Convention not taking part in the vote on this issue, EUMETSAT shall be dissolved if, as a result of the denunciation of this Convention by one or more Member States under the provisions of Article 18.1, the contribution rate of each of the other Member States is increased by more than one-fifth compared to the rate laid down in Annex II.

3. In the cases referred to in paragraphs 1 and 2, the Council shall appoint a liquidation authority.

4. The assets shall be shared out among the States that are members of EUMETSAT at the time of its dissolution

membres d'accepter les amendements proposés.

2. Les amendements recommandés par le Conseil entrent en vigueur trente jours après réception par le dépositaire de la Convention des déclarations d'acceptation de tous les Etats membres.

3. Nonobstant les dispositions de l'article 5.2 (b) (iii), le Conseil peut, statuant conformément à l'article 5.2 (a), amender les Annexes de la présente Convention à condition que ces amendements ne soient pas en contradiction avec la Convention et fixer la date de leur mise en vigueur pour tous les Etats membres.

Article 18

Dénunciation

1. A l'expiration d'un délai de six ans à compter de son entrée en vigueur, la présente Convention peut être dénoncée par tout Etat membre par une notification au dépositaire de la Convention. La dénonciation prend effet à la fin de l'exercice financier suivant celui au cours duquel elle a été notifiée.

2. Après que la dénonciation a pris effet, l'Etat intéressé reste tenu de financer sa quote-part des crédits de paiement correspondant aux crédits d'engagement votés et utilisés tant au titre du budget de l'exercice en cours au moment où la notification de la dénonciation a été faite qu'au titre des budgets des exercices antérieurs.

3. L'Etat intéressé conserve les droits qu'il a acquis à la date de la prise d'effet de la dénonciation.

Article 19

Dissolution

1. EUMETSAT peut à tout moment être dissoute par le Conseil statuant conformément à l'article 5.2 (a).

2. Sauf décision contraire du Conseil statuant conformément à l'article 5.2 (a), un Etat membre ayant dénoncé la Convention ne prenant pas part au vote dans ce cas, EUMETSAT est dissoute si à la suite de la dénonciation de la présente Convention par un ou plusieurs Etats membres conformément à l'article 18.1, les contributions de chacun des autres Etats membres sont accrues de plus d'un cinquième par rapport à leur taux fixé à l'Annexe II.

3. Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2, le Conseil désigne un organe de liquidation.

4. L'actif est réparti entre les Etats membres d'EUMETSAT au moment de la dissolution au prorata des contributions

ten empfehlen, die vorgeschlagenen Änderungen anzunehmen.

(2) Die vom Rat empfohlenen Änderungen treten dreißig Tage nach Eingang der schriftlichen Annahmeerklärungen aller Mitgliedstaaten beim Verwahrer des Übereinkommens in Kraft.

(3) Ungeachtet des Artikels 5 Absatz 2 Buchstabe b Ziffer iii kann der Rat durch einen Beschluß nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a die Anlagen dieses Übereinkommens ändern, sofern diese Änderungen nicht dem Übereinkommen widersprechen; er legt gleichzeitig den Tag ihres Inkrafttretens für alle Mitgliedstaaten fest.

Artikel 18

Kündigung

(1) Nachdem dieses Übereinkommen sechs Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann ein Mitgliedstaat es durch eine Notifikation an den Verwahrer des Übereinkommens kündigen. Die Kündigung wird mit Ablauf des Rechnungsjahrs wirksam, das auf dasjenige folgt, in dem sie notifiziert wurde.

(2) Nach Wirksamwerden der Kündigung bleibt der betreffende Staat verpflichtet, seinen Anteil an den Ausgabenmitteln zu tragen, die den Verpflichtungsermächtigungen entsprechen, die im Rahmen des Haushaltsplans, der zum Zeitpunkt der Notifikation der Kündigung galt, sowie im Rahmen vorhergegangener Haushaltspläne genehmigt und in Anspruch genommen worden waren.

(3) Der betreffende Staat behält die Rechte, die er bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erworben hat.

Artikel 19

Auflösung

(1) Die EUMETSAT kann jederzeit vom Rat durch einen Beschluß nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a aufgelöst werden.

(2) Sofern der Rat nicht durch einen Beschluß nach Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe a etwas anderes beschließt, wobei ein Mitgliedstaat, der das Übereinkommen gekündigt hat, nicht an der Abstimmung teilnimmt, wird die EUMETSAT aufgelöst, wenn infolge der Kündigung dieses Übereinkommens durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten nach Artikel 18 Absatz 1 der Beitragssatz jedes der anderen Mitgliedstaaten gegenüber dem in Anlage II festgelegten Satz um mehr als ein Fünftel steigt.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 bestimmt der Rat eine Liquidationsstelle.

(4) Die Aktiva werden zwischen den Staaten verteilt, die zur Zeit der Auflösung Mitglieder der EUMETSAT sind, und zwar

pro rata to the contributions actually paid by them from the time of becoming Parties to this Convention. In the event of a deficit this shall be met by the same States pro rata to the contributions as assessed for the current financial year.

effectivement versées par eux depuis qu'ils sont parties à la présente Convention. S'il existe un passif, celui-ci est pris en charge par les mêmes Etats, au pro rata des contributions fixées pour l'exercice financier en cours.

im Verhältnis der Beiträge, die sie seit dem Tag geleistet haben, an dem sie Vertragspartei dieses Übereinkommens wurden. Etwaige Fehlbeträge werden von diesen Staaten im Verhältnis der Beiträge gedeckt, mit denen sie für das laufende Rechnungsjahr veranschlagt sind.

Article 20
Notification

The depositary shall notify the signatory and acceding States of;

- (a) all signatures of the Convention;
- (b) the deposit of any instrument of ratification, acceptance, approval or accession;
- (c) the entry into force of the Convention, pursuant to either paragraph 1 or paragraph 2 of Article 16;
- (d) the adoption and entry into force of any amendment to the Convention or to the Annexes thereto;
- (e) any denunciation of the Convention, or any loss of membership status in EUMETSAT;
- (f) the dissolution of EUMETSAT.

Article 20
Notification

Le dépositaire notifie aux Etats signataires et adhérents:

- (a) toute signature de la présente Convention,
- (b) le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion,
- (c) l'entrée en vigueur de la présente Convention, conformément soit au paragraphe 1 soit au paragraphe 2 de l'article 16,
- (d) l'adoption et l'entrée en vigueur de tout amendement à la présente Convention et à ses Annexes,
- (e) toute dénonciation de la présente Convention ou la perte de la qualité de membre d'EUMETSAT,
- (f) la dissolution d'EUMETSAT.

Artikel 20
Notifikation

Der Verwahrer notifiziert den Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten

- a) jede Unterzeichnung dieses Übereinkommens,
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde,
- c) das Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Artikel 16 Absatz 1 oder 2,
- d) die Annahme und das Inkrafttreten jeder Änderung dieses Übereinkommens und seiner Anlagen,
- e) jede Kündigung dieses Übereinkommens oder den Verlust der Mitgliedschaft in der EUMETSAT,
- f) die Auflösung der EUMETSAT.

Article 21
Registration

Upon the entry into force of this Convention, the depositary shall register it with the Secretary General of the United Nations in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

In witness whereof the undersigned Plenipotentiaries, having been duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Geneva, on the twenty fourth May nineteen hundred and eighty three in the English and French languages, both texts being equally authoritative, in a single original which will be deposited in the archives of the Government of the Swiss Confederation, which shall transmit certified copies to all signatory and acceding States.

Article 21
Enregistrement

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le dépositaire la fait enregistrer auprès du Secrétaire Général de l'Organisation des Nations Unies, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Genève, le vingt-quatre mai mil neuf cent quatre-vingt-trois dans les langues anglaise et française, ces deux textes faisant également foi, en un exemplaire original unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement de la Confédération suisse, lequel en délivrera des copies certifiées conformes à tous les Etats signataires ou adhérents.

Artikel 21
Registrierung

Der Verwahrer läßt dieses Übereinkommen, sobald es in Kraft getreten ist, nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Generalsekretär registrieren.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Genf am 24. Mai 1983 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Annex I System Description

1. General

The European Meteorological Satellite System will continue the preoperational METEOSAT programme of geostationary satellites. The nominal position of the satellite will be over the 0° meridian. The system will comprise a space segment and a ground segment. The design of the spacecraft will be based on that of METEOSAT. The ground segment will also make use of the experience gained during the preoperational METEOSAT programme and will provide for the tracking and control of the spacecraft and for central processing of the data.

2. Functional Description

2.1. Space segment

The satellite will be equipped with the following capabilities:

- Imagery in three spectral regions, visible, infra-red atmospheric window, infra-red water vapour band.
- Dissemination of images and other data on two channels each capable of transmitting digital or analogue data to users stations.
- Collection of data transmitted from in situ measuring stations.
- Distribution of meteorological data to earth stations.

2.2. Ground segment

The ground segment will provide the following functions, most of which have to be performed in near real-time to meet meteorological requirement,

- Control, monitoring and operational use of one active satellite.
- Possibility of controlling a second satellite not in operation.
- Reception and preprocessing of image data. Preprocessing is the process of determining and adjusting for radiometric and geometric variations in the raw data. It will comprise as a min-

Annexe I Description du système

1. Généralités

Le système initial européen de satellite météorologique européen est la continuation du programme METEOSAT préopérationnel de satellites géostationnaires. La position nominale du satellite est 0° de longitude. Le système sera composé d'un secteur spatial et d'un secteur terrien. La conception du véhicule spatial est basée sur celle de METEOSAT. Le secteur terrien exploite lui aussi l'expérience acquise dans le cadre du programme METEOSAT préopérationnel et assure la poursuite et le contrôle du véhicule spatial et le traitement central des données.

2. Description fonctionnelle

2.1 Secteur spatial

Le satellite assure les fonctions suivantes:

- Prise d'images dans les trois domaines suivants du spectre: visible, créneau de l'infrarouge atmosphérique, bande de l'infrarouge vapeur d'eau.
- Dissémination des images et autres données sur deux canaux, l'un et l'autre capables de transmettre des données numériques ou analogiques aux stations d'utilisateurs.
- Collecte des données transmises par les stations de mesure in situ.
- Diffusion de données météorologiques aux stations terriennes.

2.2 Secteur terrien

Le secteur terrien assure les fonctions suivantes dont la plupart doivent être exécutées en temps quasi-réel pour répondre aux besoins des météorologistes:

- Commande, contrôle et utilisation opérationnelle d'un satellite actif.
- Possibilité de commande d'un second satellite en attente d'exploitation.
- Réception et prétraitement des données d'images. Le prétraitement est l'opération par laquelle les variations radiométriques et géométriques subies par les données brutes sont

Anlage I Beschreibung des Systems

1. Allgemeines

Das europäische meteorologische Satellitensystem setzt das voroperationelle METEOSAT-Programm geostationärer Satelliten fort. Der Satellit soll auf eine Normal-Position über dem Nullmeridian gebracht werden. Das System besteht aus einem Weltraumsegment und einem Bodensegment. Die Auslegung der Raumfahrzeuge beruht auf der von METEOSAT. Das Bodensegment nutzt ebenfalls die beim voroperationellen METEOSAT-Programm gewonnenen Erfahrungen und nimmt die Bahnverfolgung und Steuerung der Raumfahrzeuge sowie die zentrale Verarbeitung der Daten wahr.

2. Funktionsbeschreibung

2.1 Weltraumsegment

Der Satellit wird für folgende Funktionen ausgerüstet:

- Herstellung von Bildern in den folgenden drei Spektralbereichen: sichtbarer Bereich, infrarotes atmosphärisches Fenster und infrarotes Wasserdampf-Band.
- Verteilung von Bildern und anderen Daten über zwei Kanäle, die beide für die Übertragung digitaler und analoger Daten zu den Nutzerstationen geeignet sind.
- Sammlung der von In-situ-Meßstationen übertragenen Daten.
- Verteilung meteorologischer Daten an die Bodenstationen.

2.2 Bodensegment

Das Bodensegment nimmt folgende Aufgaben wahr, wovon die meisten in Quasi-Echtzeit ausgeführt werden müssen, um die meteorologischen Anforderungen zu erfüllen:

- Steuerung, Überwachung und operationelle Nutzung eines aktiven Satelliten.
- Möglichkeit der Steuerung eines zweiten Satelliten, der nicht in Betrieb ist.
- Empfang und Vorverarbeitung von Bilddaten. Unter Vorverarbeitung sind die Arbeitsschritte zu verstehen, die erforderlich sind, um die radiometrischen und geometrischen Abwei-

- imum, mutual registration of the different channels, calibration of the infra-red atmospheric window channel, image localization.
- déterminées et corrigées; il comprendra au moins la mise en coïncidence réciproque des différents canaux, l'étalonnage du créneau de l'infrarouge atmosphérique, la localisation des images.
- chungen in den Rohdaten zu ermitteln und zu berichtigen. Hierzu gehören mindestens die gegenseitige Zuordnung der verschiedenen Kanäle, die Eichung des Kanals für das infrarote atmosphärische Fenster und die Bestimmung der geographischen Lage der Bilder.
- Dissemination of preprocessed images to primary (PDUS) and secondary (SDUS) user stations.
 - Dissémination des images pré-traitées vers les stations primaires (PDUS) et secondaires (SDUS) des utilisateurs.
 - Verteilung vorverarbeiteter Bilder an Primär-Nutzerstationen (PDUS) und Sekundär-Nutzerstationen (SDUS).
 - Dissemination through the satellite of miscellaneous data including administrative messages and charts supplied from meteorological services.
 - Dissémination via le satellite de données diverses, comprenant les messages de service et les cartes fournies par les services météorologiques.
 - Verteilung verschiedener Daten mit Hilfe des Satelliten, wozu auch betriebliche Noten und von den Wetterdiensten bereitgestellte Karten gehören.
 - Dissemination of images from other meteorological satellites.
 - Dissémination d'images provenant d'autres satellites météorologiques.
 - Verteilung von Bildern anderer meteorologischer Satelliten.
 - Acquisition and limited processing of messages from in situ measuring stations (Data Collection Platforms [DCP]) and their dissemination. Dissemination of these messages will include both input to the meteorological Global Telecommunication System and transmission through the satellite to users stations. (These transmissions will be in addition to the other transmissions listed in this section).
 - Acquisition et traitement limité des messages provenant des stations de mesure in situ (plates-formes de collecte de données ou DCP) et dissémination de ceux-ci. La diffusion de ces informations s'effectue à la fois sur le réseau mondial de télécommunications météorologiques (GTS) et vers les stations d'utilisateurs par l'intermédiaire du satellite (ces transmissions viendront en sus des autres transmissions énumérées dans la présente section).
 - Empfang und begrenzte Verarbeitung der von In-situ-Meßstationen (Datensammelplattformen [DCP]) ausgesendeten Informationen und deren Verteilung. Die Verteilung dieser Informationen schließt sowohl die Eingabe in das globale meteorologische Fernmeldenetz (GTS) als auch die Übertragung über den Satelliten zu den Nutzerstationen ein. (Diese Übertragungen erfolgen zusätzlich zu den anderen in diesem Abschnitt aufgeführten Übertragungen.)
 - Extraction of quantitative meteorological data, including wind vectors; other data needed for operational meteorology, such as sea surface temperature, upper tropospheric humidity, cloud amount and height; and a data set suitable for climatological purposes.
 - Extraction de données météorologiques quantitatives, comprenant les vents; autres données nécessaires à la météorologie opérationnelle, telles que la température de la surface de la mer, la teneur en vapeur d'eau des couches supérieures de la troposphère, la nébulosité et l'altitude des nuages, et un jeu de données adaptées aux besoins de la climatologie.
 - Ableitung quantitativer meteorologischer Daten, einschließlich Windvektoren, weiterer für die operationelle Meteorologie benötigter Daten, wie Meeresoberflächentemperatur, Feuchtigkeitsgehalt der oberen Troposphäre, Wolkenbedeckung und -höhe, sowie eines für klimatologische Zwecke geeigneten Datensatzes.
 - Archiving in digital form of all available images for a sliding period of at least five months and of all the produced elaborated meteorological information permanently.
 - Archivage sous forme numérique de toutes les images disponibles pendant une période mobile d'au moins cinq mois et, à titre permanent, de toutes les informations météorologiques élaborées qui ont été produites.
 - Archivierung aller vorhandenen Bilder in digitaler Form während eines gleitenden Zeitraums von mindestens fünf Monaten und ständige Archivierung aller aufbereiteten meteorologischen Informationen.
 - Archiving on photographic film of at least 2 full disc images each day.
 - Archivage sur film photographique d'au moins 2 images du disque complet par jour.
 - Archivierung von mindestens 2 Bildern der vollen Scheibe pro Tag auf photographischem Film.
 - Retrieval of archived information.
 - Ressaie des informations archivées.
 - Wiederabruf der archivierten Information.
 - Production and distribution of documentation including for
 - Rédaction et diffusion de documentation, comprenant par
 - Erstellung und Verteilung von Dokumentationen, wozu z. B.

instance an image catalogue and a system users' guide.

- Quality control of products and transmissions.

3. Technical performance

3.1. Space segment

The detailed performance specification for the spacecraft will be decided by the Council but will not be inferior to the specification for the preoperational METEOSATs except that the facility for "interrogating" data collection platforms through a dedicated down-link will be omitted.

The following improvements are foreseen:

- Improved lifetime as regards electric power and propellant.
- Improved reliability of radiometer and electronics.
- Water vapour channel to be brought to the same standard of design and manufacture as the other two channels; noise (interference) to be reduced.
- Simultaneous operation of the infra-red window channel, the water vapour channel and both visible channels.
- "In flight" calibration of the water vapour channel.
- Temperature control of calibrating black body.
- Modification of transponder to allow for distribution of digital data to earth stations in addition to preoperational METEOSAT functions.

3.2. Ground segment

The technical performance for the functions listed in 2.2. shall at least be that of the preoperational system. The system will, however, be updated with the aim of improving reliability and reducing operating costs.

4. Bridging activities

The operation of the existing system, including METEOSAT F1 und F2 and the satellite P2 (if launched within the framework of the preoperational

exemple un catalogue des images et un guide destiné aux utilisateurs du système.

- Contrôle de la qualité des produits et des transmissions.

3. Performances techniques

3.1 Secteur spatial

Les spécifications de performances détaillées du véhicule spatial sont arrêtées par le Conseil, sans pouvoir être inférieures à celles des satellites METEOSAT préopérationnels, les moyens d'interrogation des plates-formes de collecte des données par l'intermédiaire d'une liaison descendante spécialisées n'y étant pas inclus.

Les améliorations suivantes sont prévues:

- Durée de vie en ce qui concerne l'alimentation électrique et les ergols.
- Fiabilité du radiomètre et de l'électronique.
- Alignement du canal vapeur d'eau sur les normes de conception et de fabrication des deux autres canaux; réduction du bruit (interférence).
- Fonctionnement simultané du canal infrarouge, du canal vapeur d'eau et des deux canaux visibles.
- Etalonnage «en vol» du canal vapeur d'eau.
- Régulation thermique du corps noir d'étalonnage.
- Modification du répéteur de bord en vue de permettre la diffusion de données numériques aux stations terriennes, en sus des fonctions assurées par les satellites METEOSAT préopérationnels.

3.2 Secteur terrien

En ce qui concerne les fonctions énumérées au point 2.2, les performances techniques sont au moins égales à celles du système METEOSAT préopérationnel. Le système est toutefois actualisé dans le sens d'une amélioration de la fiabilité et d'une réduction des coûts d'exploitation.

4. Activités de transition

L'exploitation du système existant, comprenant METEOSAT F1 et F2 et le satellite P2 (s'il est lancé dans le cadre du programme préopérationnel)

ein Bildkatalog und ein Leitfaden für die Benutzer des Systems gehören.

- Qualitätskontrolle der Produkte und Übertragungen.

3 Technische Leistungen

3.1 Weltraumsegment

Die genauen Leistungsspezifikationen für die Raumfahrzeuge werden vom Rat festgelegt; sie werden mindestens den Spezifikationen für die voroperationellen METEOSAT-Satelliten entsprechen, mit der Ausnahme, daß die Möglichkeit zur Abfragung der Datensammelplattformen über einen besonderen Datenkanal vom Satelliten aus entfällt.

Folgende Verbesserungen sind vorgesehen:

- Verlängerung der Lebensdauer hinsichtlich Stromversorgung und Treibstoffvorrat.
- Erhöhung der Zuverlässigkeit des Radiometers und der Elektronik.
- Angleichung des Wasserdampf-Kanals an die Entwurfs- und Fertigungsgüte der beiden anderen Kanäle; Senkung des Rausch(Stör)-Pegels.
- Gleichzeitiger Betrieb des Kanals für das infrarote Fenster, des Wasserdampf-Kanals und der beiden Kanäle im sichtbaren Bereich.
- Eichung des Wasserdampf-Kanals „im Flug“.
- Temperaturregelung des für Eichzwecke verwendeten schwarzen Körpers.
- Änderung des Frequenzumsetzers, um zusätzlich zu den bei den voroperationellen METEOSAT-Satelliten vorgesehenen Funktionen die Verteilung von Digitaldaten an die Bodenstationen zu ermöglichen.

3.2 Bodensegment

Die technischen Leistungen für die in Abschnitt 2.2 aufgeführten Aufgaben müssen mindestens denen des voroperationellen Systems entsprechen. Das System soll jedoch modernisiert werden, um die Zuverlässigkeit zu erhöhen und die Betriebskosten zu senken.

4 Überbrückungsmaßnahmen

Der Betrieb des bestehenden Systems, das METEOSAT F1 und F2 und den Satelliten P2 umfaßt (wenn dieser im Rahmen des voroperationel-

programme) will also be incorporated with the operational programme with effect from 24 November 1983.

5. Launch Schedule

5.1. The operational programme will cover the procurement of components and building of sub-units necessary for three new flight models (MO1, MO2, MO3) and one spare.

Only one integration team will be used and the spacecraft will be integrated sequentially.

MO1 will be launched when ready, in principle in the first half of 1987.

MO2 will be launched about one and a half years later, in principle in the second half of 1988.

MO3 will be launched in principle in the second half of 1990.

This launch date could be moved as warranted by the status of the programme and the availability of launchers at decision time.

Insurance of the launches of MO1 and MO2 will be arranged in order to allow for integration and launch of an additional flight unit if necessary.

5.2. The maximum amount referred to in Annex II assumes that all launches will share a dual launch on ARIANE. The Council may decide by unanimous vote to use single launches if the programme requires it.

6. Duration of the programme

The use of the operational satellites resulting from the tentative schedule is expected to be 8.5 years starting with the launch of MO1 in 1986/1987. In addition there will be bridging activities using existing satellites and providing operation of those satellites (F1, F2, P2) as available during the period from 24 November 1983 until the launch of MO1 in 1986/1987. The expected overall duration of the programme is 12.5 years from beginning 1983 until mid 1995.

est également comprise dans le programme opérationnel à compter du 24 novembre 1983.

5. Calendrier de lancement

5.1 Le programme opérationnel couvre l'approvisionnement des composants et la fabrication des sous-unités nécessaires pour trois modèles et vol nouveaux (MO1, MO2, MO3) et un jeu de pièces de rechange.

Une seule équipe d'intégration est utilisée et les satellites sont intégrés l'un après l'autre.

MO1 est lancé dès qu'il est prêt en principe au premier semestre de 1987.

MO2 est lancé environ un an et demi plus tard, en principe au second semestre de 1988.

MO3 est lancé en principe au second semestre de 1990.

La date de ce lancement pourrait être déplacée en fonction de l'état d'avancement du programme et de la disponibilité de lanceurs lors de la décision.

Les lancements MO1, MO2 sont couverts par une assurance devant permettre l'intégration et le lancement d'une unité de vol additionnelle en cas de besoin.

5.2 Le montant maximum visé à l'Annexe II suppose que tous les lancements sont exécutés au moyen du lanceur ARIANE dans le cadre de lancements doubles. Le Conseil peut décider à l'unanimité d'avoir recours à des lancements simples si le programme le requiert.

6. Durée du programme

L'utilisation des satellites opérationnels, d'après le calendrier provisoire, devrait en principe être de 8,5 années à compter du lancement de MO1 en 1986/87. Il y aura en outre des activités de transition utilisant les satellites existants (F1, F2, P2) disponibles, au cours de la période allant du 24 novembre 1983 jusqu'au lancement de MO1 en 1986/87. La durée totale escomptée du système est de 12,5 années du début de 1983 à la mi-1995.

len Programms gestartet wird), wird ab 24. November 1983 ebenfalls in das operationelle Programm einbezogen.

5. Starttermine

5.1 Das operationelle Programm umfaßt die Beschaffung der notwendigen Komponenten und den Bau der erforderlichen Untereinheiten für drei neue Flugmodelle (MO1, MO2, MO3) und ein Ersatzteillos.

Es wird nur ein Integrationsteam eingesetzt, und die Satelliten werden nacheinander integriert.

MO1 wird sofort nach Fertigstellung gestartet, planmäßig im ersten Halbjahr 1987.

MO2 wird etwa eineinhalb Jahre später gestartet, planmäßig im zweiten Halbjahr 1988.

MO3 wird planmäßig im zweiten Halbjahr 1990 gestartet.

Dieser Starttermin kann entsprechend dem Stand des Programms und der Verfügbarkeit von Träger raketen im Zeitpunkt der Entscheidung verschoben werden.

Die Starts MO1 und MO2 werden so versichert, daß bei Bedarf eine weitere Flugeinheit integriert und gestartet werden kann.

5.2 Der in Anlage II aufgeführte Höchstbetrag setzt voraus, daß alle Starts als Teilnutzlast der ARIANE-Trägerrakete im Rahmen von Doppelstarts durchgeführt werden. Der Rat kann einstimmig die Inanspruchnahme von Einzelstarts beschließen, falls das Programm dies erfordert.

6. Dauer des Programms

Die Nutzung der operationellen Satelliten wird sich nach dem vorläufigen Zeitplan voraussichtlich auf 8,5 Jahre ab dem Start von MO1 im Jahre 1986/1987 erstrecken. Außerdem ist eine Übergangsphase vorgesehen, in der die vorhandenen Satelliten (F1, F2, P2) genutzt werden sollen, soweit sie während des Zeitraums vom 24. November 1983 bis zum Start von MO1 im Jahre 1986/1987 verfügbar sind. Die voraussichtliche Gesamtdauer des Programms beträgt 12,5 Jahre und reicht von Anfang 1983 bis Mitte 1995.

Annex II**I. Overall envelope**

The overall envelope for the initial system described in Annex I is estimated at 400 million accounting units (MAU) (mid-1982 prices and 1983 conversion rates) over the period 1983 to 1995, broken down as follows:

- maximum amount of expenditure incurred by the Agency:	378 MAU
- EUMETSAT Secretariat (10.5 years):	10 MAU
- EUMETSAT contingency margin:	12 MAU

II. Scale of contributions

The Member States shall contribute to the expenditure of EUMETSAT in accordance with the following scale of contributions:

Member State	%
Germany	21,00
Austria	
Belgium	4,00
Denmark	
Spain	4,50
Finland	0,30
France	22,00
Greece	
Ireland	
Italy	11,00
Norway	0,50
Netherlands	3,00
Portugal	0,30
United Kingdom	14,40
Sweden	0,93
Switzerland	2,60
Turkey	0,50

Annexe II**I. Enveloppe financière globale**

L'enveloppe financière globale pour la réalisation du système initial décrit à l'Annexe I est estimée à 400 millions d'unités de compte (MUC) pour la période 1983-1995 (au niveau des prix de la mi-1982, taux de conversion 1983) ventilés comme suit:

- montant maximum des dépenses encourues par l'Agence spatiale européenne:	378 MUC
- secrétariat d'EUMETSAT (10,5 années):	10 MUC
- marge d'aléas EUMETSAT:	12 MUC

II. Barème des contributions

Les Etats membres contribuent à l'ensemble des dépenses d'EUMETSAT conformément au barème suivant:

Etats membres	%
Allemagne	21,00
Autriche	
Belgique	4,00
Danemark	
Espagne	4,50
Finlande	0,30
France	22,00
Grèce	
Irlande	
Italie	11,00
Norvège	0,50
Pays-Bas	3,00
Portugal	0,30
Royaume-Uni	14,40
Suède	0,93
Suisse	2,60
Turquie	0,50

Anlage II**I. Gesamtfinanzrahmen**

Der Gesamtfinanzrahmen für die Verwirklichung des in Anlage I beschriebenen Ausgangssystems wird auf 400 Millionen Rechnungseinheiten (MRE) für den Zeitraum von 1983 bis 1995 veranschlagt (zum Preisstand von Mitte 1982 und zu den Umrechnungskursen von 1983); er gliedert sich wie folgt auf:

- Höchstbetrag der Ausgaben der Europäischen Weltraumorganisation:	378 MRE
- EUMETSAT-Sekretariat (10,5 Jahre):	10 MRE
- Risikorücklage der EUMETSAT:	12 MRE

II. Beitragsschlüssel

Die Mitgliedstaaten tragen zu den Gesamtausgaben der EUMETSAT nach folgendem Schlüssel bei:

Mitgliedstaat	v. H.
Deutschland	21,00
Österreich	
Belgien	4,00
Dänemark	
Spanien	4,50
Finnland	0,30
Frankreich	22,00
Griechenland	
Irland	
Italien	11,00
Norwegen	0,50
Niederlande	3,00
Portugal	0,30
Vereinigtes Königreich	14,40
Schweden	0,93
Schweiz	2,60
Türkei	0,50

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 57,60 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1986 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,40 DM (3,60 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,20 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr
und des Zusatzprotokolls hierzu betreffend die Einfuhr von Werbeschriften
und Werbematerial für den Fremdenverkehr**

Vom 16. April 1987

Die Übereinkünfte vom 4. Juni 1954 (BGBl. 1956 II S. 1886) sind nach Artikel 16 Abs. 2 des Abkommens und Artikel 10 Abs. 2 des Zusatzprotokolls für

Argentinien am 19. März 1987
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 28. Oktober 1985 (BGBl. II S. 1204).

Bonn, den 16. April 1987

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld